

**Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand,
Lebensqualität**
Kurzprotokoll
11. Sitzung

Berlin, den 24.10.2011, 13:00 Uhr
Sitzungsort: Berlin, Paul-Löbe-Haus
Sitzungssaal: 4.900
(Europasaal)

Vorsitz: Daniela Kolbe (Leipzig), MdB

TAGESORDNUNG:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **S. 7**

Tagesordnungspunkt 1 **S. 8**

Berichte aus den Projektgruppen

Tagesordnungspunkt 2 **S. 18**

Grenzen des Wachstums
Anhörung mit Prof. Dennis L. Meadows

Tagesordnungspunkt 3 **S. 49**

Verschiedenes

Tagesordnungspunkt 4 **S. 17**

Beschlussfassung über die Durchführung von Anhörungen
- am 16. Januar 2012 „Voraussetzungen und Perspektiven für Innovation und Fortschritt in Deutschland“
 und
- am 6. Februar 2012 „Möglichkeiten und Grenzen zur Steigerung der Ressourceneffizienz“



Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"
 Montag, 24. Oktober 2011, 13:00 Uhr

Anwesenheitsliste

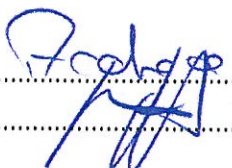
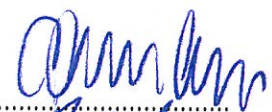
gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
CDU/CSU		CDU/CSU	
Bilger, Steffen		Göppel, Josef
Heider Dr., Matthias		Klamt, Ewa
Middelberg Dr., Mathias		Klimke, Jürgen
Nüßlein Dr., Georg		Linnemann Dr., Carsten	
Vogelsang, Stefanie		Murmann Dr., Philipp
Zimmer Dr., Matthias		Schön (St. Wendel), Nadine
SPD		SPD	
Arndt-Brauer, Ingrid		Heil (Peine), Hubertus
Bulmahn, Edelgard		Högl Dr., Eva	
Kolbe (Leipzig), Daniela		Kelber, Ulrich
Wolff (Wolmirstedt), Waltraud	Schaaf, Anton
FDP		FDP	
Bernschneider, Florian		Kauch, Michael
Bögel, Claudia		Sänger, Björn
Skudelny, Judith		Vogel (Lüdenscheid), Johannes
DIE LINKE.		DIE LINKE.	
Leidig, Sabine		Bulling-Schröter, Eva	
Lötzer, Ulla	Schlecht, Michael

Sitzung der Enquete-Kommission " Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität "
 Montag, 24. Oktober 2011, 13:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<p><u>BÜ90/GR</u> Andreae, Kerstin Ott Dr., Hermann</p>	<p>.....  </p>	<p><u>BÜ90/GR</u> Gambke Dr., Thomas Wilms Dr., Valerie</p>	<p>.....  </p>

Deutscher Bundestag

Anwesenheitsliste

Sitzung der Enquete- Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

als sachverständige Mitglieder

Betzüge Prof. Dr., Marc Oliver

Betzüge

Bracht van, Georg

Bracht van

Brand Prof. Dr., Ulrich

Brand

Carstensen Prof. Dr., Kai

.....

Enderlein Prof. Dr., Henrik

Enderlein

Habisch Prof. Dr., André

.....

Hexel, Dietmar

Hexel

Hölz Prof., Hanns Michael

Hölz

Jänicke Prof. Dr., Martin

.....

Jochimsen Prof. Dr., Beate

Beate Jochimsen

Miegel Prof. Dr., Meinhard

Miegel

Müller, Michael

Müller

Paqué Prof. Dr., Karl-Heinz

.....

Reuter Dr., Norbert

Reuter

Schmidt Prof. Dr., Christoph

.....

Schneidewind Prof. Dr., Uwe

Schneidewind

Wagner Prof. Dr., Gert

Wagner

öff

Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

Montag, 24. Oktober 2011, 13:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Giskind Sertz

B90/Grüne

Alexander Amelung

SPD

Alexander Mistin

CDU/CSU

Klausel Vogt

Grüne

Kolodni, Alauds

FDP

Schwafel, Reppner

FDP

Beginn der Sitzung: 13:03 Uhr

Die Vorsitzende, Abg. Daniela Kolbe (SPD), eröffnet die Sitzung um 13.03 Uhr und begrüßt sowohl die Mitglieder der Kommission als auch die Zuschauer im Parlamentsfernsehen wie auf den Tribünen recht herzlich. Sie kündigt an, dass die Anhörung mit Herrn Prof. Meadows für 14.00 Uhr vorgesehen sei. Nachträglich gratuliert sie den Mitgliedern SV Prof. Dr. Kai Carstensen, Abg. Judith Skudelny, SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, SV Prof. Hanns Michael Hölz und Abg. Kerstin Andreae herzlich zum Geburtstag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Sie macht die Mitglieder der Kommission auf den Vermerk über das Obleutegespräch vom 18. Oktober 2011 aufmerksam, der am 21. Oktober 2011 an alle Mitglieder versandt wurde. Gegen die darin enthaltenen Verabredungen der Obleute erhebt sich kein Widerspruch, weshalb in diesem Sinne verfahren werden kann.

Tagesordnungspunkt 1

Berichte aus den Projektgruppen

Bericht der Projektgruppe 1: Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft

Die Vorsitzende der Projektgruppe 1, Abg. Claudia Bögel (FDP), berichtet, man habe sich auf zwei Termine zur Durchführung von Klausurtagungen am 28. November 2011 und 23. Januar 2012 verständigt.

Sie berichtet zudem, dass der Schreibprozess für die Berichtserstellung mit Erfolg begonnen habe. Insbesondere hätten sich bei Diskussionen des Papiers zum Thema „Nachhaltigkeit“ folgende grundsätzliche Dissense ergeben: Zum einen, beim Verständnis von den Begrifflichkeiten Wachstum und Entwicklungen habe sich die Frage gestellt, ob Entwicklung auf Wachstum angewiesen sei. Oder ob es auch Entwicklung ohne Wachstum gebe. Bei dem Thema Lerneffekte grüner Technologien sei die Frage aufgetaucht, ob diese in der Tat höher seien als in anderen Branchen. Zudem sei kontrovers diskutiert worden, welche negativen Folgen oder Aspekte die erneuerbaren Energien mit sich brächten.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué bringt zum Ausdruck, dass nach seiner Ansicht die vergangene Diskussion zum Thema Nachhaltigkeit grundsätzlich Bedeutung habe und gewissermaßen symptomatisch für die Arbeit in der Projektgruppe 1, aber auch für die der gesamten Enquete, sei. Es sei in seinen Augen außerordentlich wichtig, dass sich die Enquete-Kommission klar darüber werde, wo es eine gemeinsame Linie gebe und wo Unterschiede in der Perspektive bestünden. Nach seiner Interpretation der geführten Diskussionen sei ihm klar geworden, dass es gar nicht so sehr um das Wesen des Wachstums als solches gehe, sondern vielmehr um die Frage, ob es zwischen Wachstum und Entwicklung einen systematischen Unterschied gebe. Diesen Unterschied zwischen Wachstum und Entwicklung sehe er als Ökonom nicht, für ihn seien Wachstum und Entwicklung letztlich eine Sache. Aus pragmatischen Gründen habe man die beiden Begriffe in der Wirtschaftswissenschaft gewissermaßen zerlegt. Entwicklungsthematiken würden für Länder mit niedrigem Entwicklungsniveau diskutiert und Wachstumsfragen für Industrieländer. Dies sei eigentlich kein systematischer Unterschied, wengleich in der Projektgruppe hierüber unterschiedliche Perspektiven und Verständnisse herrschen würden. Der zweite Themenbereich, wo er ebenfalls großen Diskussionsbedarf erkenne, sei die

Frage, ob man über mehr oder weniger an Wachstum rede, oder aber ob man über die Lenkung von Wachstum spreche. Also um die Frage, wie stark Wachstumsprozesse gelenkt werden können und sollen. Man habe zuletzt u. a. darüber diskutiert, wie stark sich Lerneffekte zwischen verschiedenen Branchen unterscheiden bzw. ob es wirklich Anhaltspunkte dafür gebe, dass eine starke staatliche Förderung von „Green Technology“ zu induzierten Lerneffekten führen würde – Ökonomen würden in diesem Zusammenhang gerne von Externalitäten sprechen. Hierüber sei intensiv diskutiert worden, insbesondere aber auch die Frage, inwieweit Erfahrungen aus anderen Bereichen, wie z. B. der Informationstechnologie, auf dem Bereich der „Green Technology“ übertragbar seien. Also auch die Frage, ob es mit Blick auf die modernen, ökologischen Technologien belastbare Hinweise bzw. Belege dafür gebe, dass es solche Lerneffekte gebe. An dieser Frage reibe man sich intensiv in der Projektgruppe 1, also der Frage, auf welcher verlässlichen Grundlage eine staatliche Industriepolitik hier stehen könne. Hierzu seien natürlich die politischen Prädispositionen sehr unterschiedlich, jedoch zeigt sich Prof. Dr. Paqué zuversichtlich, dass man hier auf Grundlage der empirischen Evidenz zu einem gemeinsamen Weg finden könne.

SV Michael Müller weist darauf hin, dass die Unterscheidung zwischen Wachstum und Entwicklung sehr wohl eine zentrale Frage sei, zumal Schumpeter in seinem wegweisenden Werk von 1939 zu den Konjunkturzyklen eine bewusste Trennung zwischen Wachstum und Entwicklung herbeigeführt habe. Man sei sich einig darüber, dass eine statische Gesellschaft mit Blick auf Demokratie und Gerechtigkeitsaspekte problematisch sei. Man brauche eine gewisse Dynamik, um demokratische Gestaltungsprozesse zu ermöglichen und um Gerechtigkeit herzustellen. Ob dies aber mit der traditionellen Frage des Wachstums verbunden sein müsse, dies sei genau die Auseinandersetzung, die man zu führen habe. Der Ausgangspunkt sei aus seiner Sicht weniger, dass die einen mehr oder weniger wachstumskritisch und die anderen mehr oder weniger wachstumseuphorisch seien, sondern im Kern gehe es darum, ob die heutige Welt noch steuerbar und entwicklungsfähig sei, angesichts der radikalen Veränderungen, die stattgefunden hätten. Zu Recht habe SV Prof. Dr. Miegel die Frage aufgeworfen, was es eigentlich bedeute, wenn in 40 Jahren zehnmal mehr Menschen auf der Erde leben würden als zu Beginn der industriellen Revolution. Oder was heiße es eigentlich, dass der ökologische Fußabdruck schon jetzt so tief sei, dass die Menschheit gewissermaßen schon Ende August eines Jahres die Kapazitäten der Erde verbraucht habe? Was bedeute es, dass die gesamte Mobilität vom Öl

abhänge, dessen Vorräte aber endlich seien? Dies alles seien Grundsatzfragen, die man nicht mehr mit den alten, überkommenden Denkansätzen lösen könne. Deswegen sei es schon wichtig, nach der Unterscheidung zwischen Wachstum und Entwicklung zu fragen, weil es dabei nicht um technische Begriffe gehe, sondern um ein anderes Verständnis von Gesellschaft und Wirtschaft.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) führt aus, man werde die Thematik „Wachstum und Entwicklung“ sicherlich weiter verfolgen, wobei es wichtig sei, die internationale Perspektive im Blick zu behalten, da ansonsten die Enquete-Kommission Gefahr laufe, in ihren Ergebnissen irrelevant zu sein. Darüber hinaus habe man sich in der vergangenen Sitzung zum Thema „Wachstum und öffentliche Haushalte“ sowie „Wachstum und Finanzmärkte“ auf ein wesentliches Ergebnis verständigen können, welches nach ihrer Ansicht für alle Projektgruppen relevant sei. Anhand von Beispielen wolle man verschiedene Entwicklungen darstellen, die in der Vergangenheit als nicht möglich angesehen wurden. Sie erläutert diesen Aspekt anhand eines Beispiels, nämlich der sogenannten Fehlallokation von Kapital. Darauf aufbauend wolle man Empfehlungen an die Projektgruppe 4 weitergeben. Sie hält es für zielführend, wenn sowohl die Projektgruppen 2 und 3 ähnlich vorgehen würden, nämlich dass die Projektgruppen 2 und 3 im Blick haben, dass die Projektgruppe 4 konkrete Handlungsempfehlungen erarbeiten solle. Sie appelliert dementsprechend noch einmal an die anderen Projektgruppen (2 und 3), entsprechende Hinweise an die Projektgruppe 4 zu geben, damit diese in ihrer Arbeit darauf eingehen könne. Als weiteres Beispiel für Allokationen führt sie die Investitionen in Ölsande an. Dies könnte kurzfristig betrachtet unter Ausklammerung der Umweltkosten finanziell interessant sein. Langfristig betrachtet unter Einbeziehung der damit einhergehenden Umweltkosten seien solche Investitionen nicht nur hochgradig umweltproblematisch, sondern auch kostenintensiv - mithin also auch unter Wachstumsgesichtspunkten kontraproduktiv. Solche Entwicklungen müssten dargestellt werden.

Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU) fragt in Replik auf die Ausführungen von Frau Abg. Bulmahn nach, unter welchen Gesichtspunkten genau man das Thema der Ölsande in der Projektgruppe 1 diskutiert habe. Er sei unlängst vor Ort gewesen, um sich ein konkretes Bild diesbezüglich zu machen. Er habe dort als Erkenntnis mitgenommen, dass der CO₂-Ausstoß bei der Herstellung von Ölsanden erheblich zurückgegangen sei.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) antwortet hierauf, man habe das Thema unter dem Gesichtspunkt diskutiert, dass man bei dem Zusammenhang zwischen Finanzmärkten und Wachstum die Rahmenbedingungen mit berücksichtigen müsse. Und dass bei der Allokation von Kapital nicht nur die kurzfristigen, sondern auch die längerfristige Rendite in den Erwartungen zu berücksichtigen sei.

SV PD Dr. Norbert Reuter bringt ein, dass in der Projektgruppe 1 in der Tat deutlich geworden sei, dass unterschiedliche Vorstellungen über Wachstum und Entwicklung bestünden. Insofern gebe es auch ein grundsätzliches Problem, so weit man sich mit einzelnen Themenbereichen befasse, etwa „Wachstum und öffentliche Haushalte“ sowie „Wachstum und Finanzmärkte“. Bei all diesen Themen stünde gewissermaßen als Subtext dabei, welcher Zustand der öffentlichen Haushalte das Wachstum am meisten fördere. Welcher Zustand der Finanzmärkte fördere am meisten das Wachstum? Dabei habe man aber versäumt, die Frage zu erörtern, was meinen wir [die Enquete] mit Wachstum. Eigentlich solle es ja darum gehen, dass man ein bestimmtes Wachstum wolle. Er plädiere dafür, dass man eine bestimmte Entwicklung wolle. Wenn jetzt in der Projektgruppe 1 immer nur auf die Wachstumshöhe fokussiert werde, dann könne es natürlich sein, dass die Ausrichtung der Texte den Ansprüchen der Enquete gar nicht gerecht werde, weil es ja gerade nicht um ein unqualifiziertes Wachstum gehe. Es wäre daher angebracht, dass man sich in der großen Runde über die Frage unterhalte, was der Parameter für eine erfolgreiche Politik sei. Seiner Ansicht nach könne man das nicht allein am Wachstumsbegriff festmachen. Allein das Wachstum der Finanzmärkte habe dazu geführt, dass das BIP-Wachstum ganz stark nach oben gegangen sei, wenn man sich insbesondere die angelsächsische Entwicklung ansehe. Man komme nicht darum herum, sich noch einmal die Frage des Referenzmodells zu stellen. Woran messe man eigentlich eine erfolgreiche Entwicklung in der Vergangenheit, etwa mit Blick auf die öffentlichen Haushalte oder mit Blick auf das Finanzsystem? Er glaube, es könne nicht darum gehen, dass man in der Projektgruppe 1 lediglich Fakten sammle. Ziel müsse es sein, dass man gewissermaßen eine neutrale Sichtweise hinbekomme, die dann von den anderen Projektgruppen 4 und 5 aufgegriffen werde. Gleichfalls sei die Auswahl der Fakten von großer Bedeutung. Diese Auswahl der Fakten prädisponiere natürlich die politischen Entscheidungen. Er glaube im Fazit nicht, dass man darum herumkomme, sich noch einmal der Frage von Wachstum und Entwicklung zu stellen. Eine ebenfalls wichtige Frage in diesem

Zusammenhang sei, ob technischer Fortschritt ohne Wachstum möglich sei oder ob technischer Fortschritt automatisch Wachstum bedeute. Über diese Fragen müsse man nach Möglichkeit erst einmal ein Einverständnis herstellen, bevor man weiter arbeiten könne.

Die Vorsitzende, Abg. Daniela Kolbe (SPD), schlägt sodann zusammenfassend vor, dass die Projektgruppe 1, soweit sie der Auffassung sei, im Gesamtplenarium müssten grundsätzliche Fragen vorab geklärt werden, diese Fragen entsprechend in einem Text aufbereitet, damit die Enquete darüber befinden könne. Sodann stellt die Vorsitzende eine konkrete Frage zum Aufgabenbereich der Projektgruppe 1. Unter II., 1. des Einsetzungsbeschlusses, zweiter Spiegelstrich, sei geregelt, dass die Projektgruppe 1 die Frage untersuchen solle, ob und gegebenenfalls wie das deutsche Wirtschafts- und Sozialstaatsmodell die ökologischen, sozialen, demographischen und fiskalischen Herausforderungen auch mit geringerem Wachstumsraten bewältigen kann bzw. welche Wachstumszwänge dem entgegen stehen. Dies sei ohne Zweifel ein großer Themenkomplex, der im Arbeitsbereich der Projektgruppe 1 liege. Sie fragt nach, ob dieser Themenkomplex in der Arbeitsplanung der Projektgruppe 1 mit bedacht wurde und ob es gegebenenfalls notwendig sei, diesen Komplex in der Gesamtenquete zu bewältigen.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué antwortet hierauf, es gehe natürlich grundsätzlich um die Frage, wie sie auch von Herrn SV PD Dr. Reuter angesprochen wurde, inwieweit die Projektgruppe 1 die wirtschafts- und ordnungspolitischen Grundfragen bearbeiten solle, mit Blick darauf, dass die Projektgruppe 4 extra dafür vorgesehen sei, genau diese Fragen anzusprechen. Er halte es nicht für so sinnvoll, schon weitgehend ordnungspolitisch zu präjudizieren, wenn man eigens für diese Frage eine Projektgruppe vorgesehen habe. Ihm erscheine es für die Arbeit der Gesamtenquete sinnvoll, dass die drei bereits eingesetzten Projektgruppen die wissenschaftlichen Fakten und Erkenntnisse aufbereiten. Sie sollten sicherlich die richtigen Fragen stellen, aber noch nicht beantworten. Dies solle der Projektgruppe 4 vorbehalten sein. Der Auftrag, so wie er eben von der Vorsitzenden vorgelesen wurde, sei insofern natürlich sehr weit gefasst, im Zweifel zu weit, um bereits jetzt bereits konkrete Antworten zu formulieren.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) schlägt daraufhin vor, dass man vorerst die Klausurtagung am 28. November 2011 abwarten solle, bevor man in Detail in die Diskussion einsteige. Man sei sich in der Projektgruppe 1 darüber einig, dass man bei dem historischen Rückblick nicht allein auf dem bisher

bestehenden theoretischen Fundament beharren dürfe, sondern dass man gerade auch die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit einbeziehen müsse. Es würde zu Recht auf vollkommenes Unverständnis stoßen, wenn die Enquete-Kommission nicht zur Kenntnis nehmen würde, dass man eine Finanzmarktkrise gehabt habe. Sie plädiert daher nochmals, man möge zunächst die Klausurtagung am 28. November 2011 abwarten, bevor man eventuelle Dissenspunkte zur Abstimmung in die gesamte Enquete-Kommission bringe.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (Bündnis 90/Die Grünen) berichtet aus der Projektgruppe 3, in der die Arbeit insgesamt sehr gut verlaufe, wenngleich sich zunehmend auch Konfliktpunkte aufgrund der verschiedenen politischen Präferenzen andeuteten. Die Projektgruppe 3 wolle vornehmlich die Zusammenhänge zwischen Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch klären und sich mit den Möglichkeiten der Entkopplung beschäftigen. Im Mittelpunkt stehe die Frage, ob neben der relativen Entkopplung gar eine absolute Entkopplung möglich sei. Die Projektgruppe 3 sei insgesamt, soviel könne man wohl schon festhalten, davon abgekommen, dass eine absolute Entkopplung möglich sei. Man wolle den Begriff der absoluten Entkopplung zwar im Bericht vorstellen, gleichwohl werde man aber nicht mehr von absoluter Entkopplung, sondern vielmehr von Senkung bzw. Reduktion sprechen. Am heutigen Tage habe man den Sachverständigenrat für Umweltfragen zu Gast in der Projektgruppe 3 gehabt. Dort werde ebenfalls im kommenden Frühjahr ein Gutachten vorgelegt werden, was genau zu den Fragestellungen, die in der Projektgruppe 3 bearbeitet würden, Stellung nehmen soll. Es wurde bestätigt, dass eine absolute Entkopplung eigentlich ein Oxymoron sei. Man habe sich zudem auf eine Gliederung mit sieben Unterkapiteln verständigt. Er kündigt zugleich an, dass die Projektgruppe 3 wohl nicht mit den avisierten 100 Seiten für ihren Berichtsteil auskommen werde. Er äußert zugleich die Bitte, die Gesamt-enquete möge hierzu Vorgaben machen. Man habe sich zudem mit dem Verhältnis der Projektgruppen untereinander beschäftigt. Die spannende Frage, vor der die Projektgruppe 3 jetzt stehe, sei die Lösung des sogenannten „Jevons-Paradoxon“. Jevons war ein Ingenieur im 19. Jahrhundert, der im Auftrag der Kohleindustrie untersuchen sollte, wie sich steigende Effizienz auf den Kohleverbrauch auswirke. Jevons habe herausgefunden, steigende Effizienz bei gleichen Preisen bedeute mehr Verbrauch. Diese Gleichung sei bis heute gültig geblieben. Die Kohleindustrie sei seinerzeit zufrieden gewesen, da sie die steigende Effizienz nicht zu fürchten brauchte. Diesen Aspekt habe Ernst

Ulrich von Weizsäcker in seinem letzten Buch „Faktor Fünf“ aufgegriffen. Dort habe Ernst Ulrich von Weizsäcker ausgeführt, man könne eine fünffache Ressourcen- bzw. Energieeffizienz erreichen, allerdings nur, wenn man gleichzeitig einen Mechanismus schaffe, der die sinkenden Kosten durch die höhere Energieeffizienz wieder auffange, also einen Mechanismus, der die Energie- bzw. Ressourcensteuern in dem gleichen Maße steigen lasse, wie die Effizienz gleichzeitig wachse. Diese wäre in der Tat ein adäquates Mittel zur Bekämpfung des „Jevons-Paradoxon“.

Man habe ein Gutachten bei Herrn Prof. Dr. Reinhard Madlener in Auftrag gegeben. Dieser solle in einer Art Metastudie eine Untersuchung aller bisherigen Untersuchungen zum Rebound-Effekt und zur Ressourceneffizienz fertigen. Diese Studie solle am 23. November 2011 bei der Enquete-Kommission eintreffen. Man erhoffe sich von dieser Studie gewissermaßen eine Übersicht darüber, in welchen Bereichen eine Entkopplung bisher erfolgreich gewesen sei. Sodann geht Abg. Hermann E. Ott nochmals auf das Verhältnis der verschiedenen Projektgruppen untereinander ein. Sein Verständnis gehe dahin, dass jede Projektgruppe zunächst einmal autonom arbeite, und, dass sodann die Ergebnisse einer jeden einzelnen Projektgruppe in die gesamte Enquete-Kommission eingebracht werden sollten. Dies bedeute insbesondere, dass nicht die Projektgruppe 4 das Endergebnis formuliere solle.

Die Vorsitzende, Abg. Daniela Kolbe (SPD), begrüßt sodann sehr herzlich Herrn Prof. Dennis Meadows, der soeben in der Enquete-Kommission eingetroffen ist. Zu der Frage, welchen Umfang Berichtsteile der Projektgruppen haben dürften, teilt sie mit, dass diese Frage als Tagesordnungspunkt für die nächste Obleutebesprechung vorgesehen sei, in welcher eine Vorgabe getroffen werden solle.

SV Prof. Dr. Ulrich Brand nimmt Bezug auf die vorangegangene Diskussion und weist nochmal auf die besondere Bedeutung der Begrifflichkeiten von Wachstum und Entwicklung sowie Wachstum und Wohlstand hin. Dies seien die zentralen Begrifflichkeiten, die man nicht aus dem Auge verlieren dürfe. Interessant an der heutigen Sitzung mit dem Sachverständigenrat für Umweltfragen sei für ihn insbesondere gewesen, dass dieser nicht nur zum Wachstumsbegriff, sondern auch zum Wohlstandsbegriff arbeite. Die zweite Frage, die man sich stellen müsse, sei die Frage, ob Wachstum einzigartig ein Ziel an sich sei, dies werde beispielsweise vom Sachverständigenrat für Umweltfragen verneint. Dabei spiele sicherlich auch die Frage eine Rolle, wie man sich darauf einstellt, dass man im Zweifel in der Zukunft mit geringeren

Wachstumsraten zu rechnen habe. Er richtet sodann eine dritte Frage an die Projektgruppe 1: In der Projektgruppe 3 habe man eine sehr produktive Diskussion darüber geführt, inwieweit die Politik selber ein Teil des Problems sei. Dieses Phänomen werde in der Literatur unter dem Stichwort „governance failure“ diskutiert.

Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) berichtet sodann aus der Projektgruppe 2. Diese habe in der Vergangenheit zwei Gutachten in Auftrag gegeben, die sie noch einmal in Erinnerung ruft und deren Abgabe kurz bevorstehe. Sie kündigt außerdem an, dass die Projektgruppe aller Voraussicht nach ihren Zwischenbericht wie geplant im Februar 2012 vorlegen könne.

SV Prof. Dr. Reinhard Miegel ergänzt, dass sich die offenkundigen Begriffsschwierigkeiten in der Projektgruppe 1 naturgemäß in der Projektgruppe 2 fortsetzen würden.

Dies habe sein Grund darin, dass nicht eindeutig geklärt sei, was Wachstum, was Wohlstand und was Lebensqualität bedeute. Die Projektgruppe 2 stehe vor der großen Herausforderung, eine Messgröße für einen Begriff zu finden, den man noch nicht ausreichend umrissen habe. Er glaube zwar, man mache Fortschritte, gleichwohl grenze die Aufgabe an eine Quadratur des Kreises. Nach seiner Ansicht bestehe ein Konsens dahingehend, dass es die frühere Stringenz zwischen Wachstum und Wohlstand heute nicht mehr gebe. Der Begriff der Lebensqualität stehe nunmehr neben dem Begriff des Wohlstandes und der Begriff des Wohlstandes neben dem Begriff des Wachstums. Wenn man sich jetzt der Aufgabe stelle, eine Messgröße zu finden, die alle Kategorien, sprich Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität, abbilden solle, und gleichzeitig aber die Stringenz, von der er soeben gesprochen habe, entfalle, so stehe zu befürchten, dass am Ende ein Ergebnis herauskomme, welches höchst fragwürdig sei. Es habe ein Konsens dahingehend gegeben, dass das Wachstum wohl der Substanziellste - im materiellen Sinne - Teilaspekt gewesen sei. Der Wohlstand werde ohne Zweifel durch das Wachstum beeinflusst und habe sicherlich auch materielle Komponenten. Aber zum Wohlstand käme eine Vielzahl von anderen Elementen hinzu, die im Wesentlichen immateriell zu definieren seien. Der Begriff der Lebensqualität gehe dann doch noch einen Schritt weiter, zu dem dann noch mehr immaterielle Aspekte hinzutreten würden. Man habe gewissermaßen einen fließenden Übergang vom Wachstum zum Wohlstand bis zur Lebensqualität. Die Herausforderung der Projektgruppe 1 bestehe darin, wie man all diese

Aspekte messen sollte, wenn man auf der einen Seite eine starke materiell komponierte Größe und auf der anderen Seite eine stark immaterielle Größe habe. Man sei diesbezüglich sehr weit in der Erkenntnis, dass hier eine differenzierte Betrachtung erforderlich sei. Wahrscheinlich werde es nicht möglich sein, den Auftrag dieser Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ in einem einzigen, übergreifenden Begriff erfassen zu können.

SV PD Dr. Norbert Reuter regt an, es sei doch unter Umständen recht hilfreich, wenn SV Prof. Dr. Miegel einmal zu Gast in der Projektgruppe 1 sein könne. Hierdurch komme man eventuell ein Stück weiter, wenn man in der Projektgruppe 1 die Debatte, welche in der Projektgruppe 2 geführt werde, aufgreife.

Tagesordnungspunkt 4

Beschlussfassung über die Durchführung von Anhörungen

am 16. Januar 2012 „Voraussetzungen und Perspektiven für Innovation und Fortschritt in Deutschland“ und am 6. Februar 2012 „Möglichkeiten und Grenzen zur Steigerung der Ressourceneffizienz“

Die Vorsitzende, Abg. Daniela Kolbe (SPD), ruft sodann Tagesordnungspunkt 4 auf, „Beschlussfassungen über die Durchführung von Anhörungen“. Am 16. Januar 2012 solle eine Anhörung zum Thema „Voraussetzungen und Perspektiven für Innovation und Fortschritt in Deutschland“ und am 6. Februar 2012 eine Anhörung zum Thema „Möglichkeiten und Grenzen zur Steigerung der Ressourceneffizienz“ stattfinden.

Die Kommission beschließt einvernehmlich, die genannten Anhörungen durchzuführen.

Tagesordnungspunkt 2

Grenzen des Wachstums

Anhörung mit Prof. Dennis L. Meadows

Sodann tritt die Vorsitzende in die Anhörung mit Herrn Prof. Dennis Meadows ein. Sie begrüßt diesen sehr herzlich und stellt seine Vita noch einmal kurz vor. Sie erinnert insbesondere an die wegweisende Initiative des Club of Rome aus dem Jahr 1972, die sich im Jahre 2012 zum 40. Mal jährt. Dies zeige, dass die Debatte, die die Enquete-Kommission führe, keineswegs neu sei. Darüber hinaus weist sie darauf hin, dass die Studie des Club of Rome im Jahr 1992 und 2004 aktualisiert wurde.

Prof. Dennis Meadows bedankt sich für die freundliche Begrüßung und betont, dass es für ihn eine große Ehre und Freude sei, vor dieser Enquete-Kommission zu sprechen, die er für sehr bedeutend hält. Er bedauert zugleich, dass seine Deutschkenntnisse nicht ausreichend sind, um durchgehend deutsch zu sprechen und geht deswegen ins Englische über. Er leitet ein, dass er vor ziemlich genau 40 Jahren das erste Mal Berlin besucht habe, um den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels in Empfang zu nehmen. Schon vor 40 Jahre habe er einige Aspekte seiner Studie vorgestellt. Leider sei es damals im Wesentlichen genau um die gleichen Aspekte gegangen, die heute virulent seien. Zu seinem Bedauern müsse er feststellen, dass es leider keine signifikanten Veränderungen gegeben habe. Er stellt sodann kurz seine schriftliche Präsentation vor, die in Kommissionsdrucksache 17(26)51¹ niedergelegt ist mit dem Titel "From 40 Years Observing Limits to Growth: Perspectives on Growth, Wellbeing, Quality of Life". Er wolle versuchen, über die letzten 40 Jahre zu sprechen und der Kommission einige Perspektiven und Ideen vorstellen. Er räumt zudem offen ein, dass das Ergebnis solcher Kommissionen wie der Enquete-Kommission oftmals gleich null sei und bedauert dies. Oftmals müsse man sich nach zwei bis drei Jahren intensiver Diskussionen selbst eingestehen, dass man im Ergebnis eigentlich nichts bewirkt habe. Er hoffe aber, dass die Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität diesbezüglich erfolgreicher sei. Aus diesem Grunde habe er sich dafür entschieden, den Fokus nicht zu sehr auf die Probleme zu legen, die allgemein bekannt seien, sondern vielmehr darauf, einige Ideen zu präsentieren, die vielleicht hilfreich sein könnten. Er stellt sodann die Kernpunkte seines Referats vor: er wolle zunächst auf die Lektionen aus 40 Jahren Wachstumskritik eingehen, sodann auf die Implika-

¹ Vgl. Kommissions-Drucksache 17(26)51

tionen für eine „grüne“ Volkswirtschaft und schließlich die limitierenden Faktoren aufzeigen, denen man gegenüber stehe. Nach seiner Ansicht sei es zunächst wichtig zu konstatieren, dass sich die Aussichten für die Menschheit in den letzten vergangenen 40 Jahren überhaupt nicht verändert hätten. Bereits 1972 habe der Club of Rome gesagt, das Wachstum müsse Grenzen haben. Leider sei es jedoch so, dass die Gesellschaft ein zu geringes Kapital bzw. zu geringe Bereitschaft für Wandel habe. Das Problem bestehe darin, dass man vorher die Kosten bezahlen müsse und erst nachher den Nutzen ziehen könne bzw. profitieren würde. Hinsichtlich des Begriffes der Nachhaltigkeit will er sodann erklären, warum es nach seiner Ansicht bereits viel zu spät ist, um diesbezüglich umzusteuern. Heute müsse man vielmehr von Widerstandsfähigkeit sprechen, also darüber, wie man unsere Gesellschaft in die Lage versetze, diese Übergangsperiode schnell zu durchstehen. Eine der Lektionen, die für ihn besonders erschreckend sei, sei die, dass eine wissenschaftliche Analyse nicht immer eine direkte Auswirkung auf die Politik habe. Er weist sodann noch einmal auf die Notwendigkeit hin, dass die Politik nunmehr Dinge und Maßnahmen einleiten müsse, die notwendig seien und zugleich insofern unangenehm in der Umsetzung seien, weil man in der Gegenwart den Preis bezahlen müsse, während man den Nutzen erst in der Zukunft ziehe. Die heutige Gesellschaft sei hierin nicht besonders stark. Dies gelte sowohl für die politischen Akteure, die Bevölkerung wie auch die Akteure in der Wirtschaft. Die gesamte Gesellschaft sei darauf ausgerichtet, den Nutzen in der Gegenwart zu ziehen und den Preis erst später zu bezahlen. Angesichts des Klimawandels und der Verknappung der Ölressourcen, der Kluft zwischen reich und arm, sei nun dringend ein Umdenken erforderlich.

Er erläutert sodann die Folie Nummer 7 seiner Präsentation, die sogenannten „easy problems“ [einfache Probleme]. Solche einfachen Probleme ließen sich wunderbar durch wirtschaftliche Maßnahmen beheben. Wenn man also Probleme langfristig lösen könne und zudem noch kurzfristig gut aussähe, sei dies relativ leicht darstellbar. Es gebe aber auch sogenannte „hard problems“ [harte Probleme], die Prof. Dennis Meadows auf Folie 8 seiner Präsentation dargestellt hat. Charakteristisch für diese sogenannten harten Probleme sei, dass man, um hier langfristig besser dazustehen, kurzfristige Einbußen hinnehmen müsse. Andernfalls gelange man nicht zum Ziel. Dies betreffe insbesondere den Bereich des Klimas und der Energie. Hierbei stelle sich oft das Problem, wann die nächste Evaluierung bevorstehe. Etwa vor der nächsten Wahl? Oder vor der Veröffentlichung der Börsenergebnisse eines

Unternehmens? Deswegen würden sich viele für den ersten Weg, wie er auf der Folie dargestellt sei, entscheiden, um kurzfristig besser auszusehen. Eine Lösung, wie man mit diesen schwierigen Problemen umgehen könne, bestehe darin, dass man den Zeitumfang erhöhe. Er zitiert sodann den ehemaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, George W. Bush. Dieser habe zum Thema Klimawandel gesagt: „Wenn ich sehe, dass es ein Problem gibt, dann tue ich etwas.“ Diese Handlungsmaxime funktioniere natürlich nicht bei den von ihm thematisierten schwierigen Problemen. Eine der schwierigen Aufgaben dieser Enquete-Kommission bestehe darin, nunmehr insbesondere das Zeitfenster zur Umsetzung für Lösungsmaßnahmen der genannten schwierigen Probleme zu erweitern. Und hierfür werde es höchste Zeit. Nach seinem Dafürhalten befinde man sich gegenwärtig in einer revolutionären Phase. Es sei derzeit unheimlich spannend, die verschiedenen Entwicklungen in der Weltpolitik zu beobachten. Er berichtet sodann von seinem jüngsten Besuch am Berliner Alexanderplatz. Dort habe er eine Demonstration der „Occupy-Bewegung“ beobachtet. Nach seinem Eindruck wussten die daran teilnehmenden Demonstranten nicht unbedingt genau, was sie wollten. Gleichwohl wüssten sie sehr wohl, dass ihnen die gegenwärtige Situation nicht gefällt. Dieses Gefühl werde von vielen hundert Millionen Menschen überall auf der Welt geteilt. Er wisse nicht, wohin diese Bewegung führe. Aber er habe schon sehr oft gesagt – auch hier in Berlin –, dass man etwa in den nächsten 20 Jahren, bis ca. 2030, mehr Wandel in Deutschland und Europa erleben werden, als man sich bisher habe vorstellen können. Politischer Wandel, sozialer Wandel, umweltpolitischer Wandel und wirtschaftlicher Wandel. Man lebe durchaus in einer Zeit, in der sich viele Annahmen, die man bisher hatte und die man bislang halte, verändern würden.

Er geht sodann auf den Themenkomplex der nachhaltigen Entwicklung ein (Folie 10 seiner Präsentation). Er habe vor kurzem ein Vorwort für ein Buch geschrieben, in dem sich der Autor ausführlich mit dem Thema ‚Nachhaltigkeit‘ auseinandergesetzt habe. Dort sei u. a. dargestellt, dass es über 100 Definitionen von Nachhaltigkeit gebe. Dies bedeute zum einen, dass der Begriff der Nachhaltigkeit ein Terminus sei, der viel verwendet werde, und zum anderen, dass es sich dabei um einen Terminus handle, der dem Grunde nach ohne Aussage sei. Wenn es hundert verschiedene Definitionen für ein und denselben Begriff gebe, bedeute dies, dass der Begriff keine signifikante Bedeutung mehr habe. Wenn er Rednern zuhöre, die von nachhaltiger Entwicklung sprechen, so habe er oftmals folgenden Eindruck:

Unter nachhaltiger Entwicklung werde oftmals verstanden, dass die Wohlhabenden ihr erreichtes Wohlstandsniveau behalten dürften und zeitgleich die derzeit armen Menschen der Welt dieses hohe Wohlstandsniveau erreichen sollten, gewissermaßen aufschließen sollten. Nur müssten diese gegenwärtig armen Menschen ihren Wohlstand auf eine andere Art und Weise erreichen, die nicht gleichermaßen viel Schaden an der Umwelt etc. anrichtet. Dies sei nach seinem Eindruck oftmals das, was viele unter nachhaltiger Entwicklung verstehen würden. Dafür sei es aber nach seiner Einschätzung schon zu spät. Es gebe Studien, die belegen würden, dass sich das globale System von heute weit über einem nachhaltigen Niveau bewege. Er erläutert dies anhand der Folie 11 seiner Präsentation, in der ein Indikator des globalen „Overshoots“ dargestellt werde, nämlich der Ecological Footprint of Humanity. Als er seinerzeit in den 1970er Jahren eine erste Studie vorgelegt habe, habe die Welt einen Status von ungefähr 85 Prozent des Machbaren erreicht. Heute liege man bereits deutlich über 100 Prozent, nämlich bei ungefähr 140 Prozent des Machbaren und das bei einer ständig steigenden Weltbevölkerung. Dies werfe natürlich die Frage auf, wie es denklogisch überhaupt möglich sei, ein Niveau von 140 Prozent zu erreichen. Er erläutert dies an einem einfachen Beispiel: Wenn man z. B. sehr viel Geld auf eine Bank gebe, habe man kurzfristig die Möglichkeit, sehr viel mehr Geld, als man eingezahlt habe, herauszuziehen. Dies habe die Menschheit beispielsweise mit dem Erdöl in etwa gleichermaßen getan. Man verbrauche die Ressourcen, wie z. B. landwirtschaftlich genutzten Boden oder Wasser viel schneller, als wie diese sich von sich aus regenerieren könnten. Dies bedeute, dass man sich sehr schnell über dem Nachhaltigkeitsniveau bewege. Sobald man beginne, sich Gedanken darüber zu machen, wie man dieses Wohlstandsniveau behalten könne und zeitgleich alle anderen, die sich noch darunter bewegen, auf eben dies selbe Niveau zu heben, so müsse man sich klar werden, dass dies nicht funktionieren könne. Dies sei eine Phantasievorstellung. Und diese Phantasie führe nicht zu konstruktiven Lösungen. Es sei viel sinnvoller, von der hohen Ebene herunterzugehen auf ein akzeptables Niveau. Das Ganze müsse natürlich auf eine ordentliche Weise geschehen, nämlich insbesondere friedlich, möglichst gerecht und mit möglichst wenig Umweltschädigung.

Prof. Dennis Meadows wirft sodann die Frage auf, wie man dieses Ziel erreichen bzw. umsetzen könne. Er räumt diesbezüglich ein, dass er früher sehr naiv gewesen sei. Er habe geglaubt, man müsse wichtigen Menschen einen Bericht schreiben. Diese wichtigen Menschen würden dann die

Erkenntnisse, welche in dem Bericht festgehalten sind, umsetzen. Dies sei wohl ein Irrtum gewesen.

Er führt weiterhin aus, die Menschen würden ihre Entscheidungen auf zwei verschiedene Arten und Weisen treffen. Irgendjemand entscheide, was die wichtigen Faktoren seien, nach denen man sich richte. Dann werde eine Studie durchgeführt. Sodann überlege man sich politische Aktionen, um gewisse Ziele zu erreichen. Erst dann komme es zum tatsächlichen Handeln.

Wenn man nun die politischen Akteure frage oder ihnen sage, man habe Fehler bei den zugrunde liegenden Berechnungen unternommen, so sei zu beobachten, dass man zurückgehe und eine andere Handlung gesetzt werde. Dies sei gewissermaßen der Weg bzw. das Prozedere gewesen, den er (Prof. Meadows) sich seinerzeit vorgestellt bzw. beschrieben habe, als er zu Beginn der 1970er Jahre mit seinen Studien begann. Er habe aber über die Jahre die Beobachtung gemacht, dass Menschen ihre Entscheidungen auf eine andere Art und Weise trafen. Zunächst werde entschieden, was eine Handlung sei, die akzeptabel sei. Danach werde entschieden, welche Faktoren man haben müsse, damit es eine Rechtfertigung für die postulierte Handlung gebe. Danach werde entschieden, welche Werte es für die definierten Faktoren geben müsse, damit die Handlung, die man setzen wolle, gerechtfertigt sei. Wenn man diesen Leuten nun sage, sie hätten bei irgendeiner Variablen einen Fehler gemacht, so sei die Konsequenz, dass die jeweilige [unliebsame] Variable unter den Tisch gekehrt werde und man sich etwas anderes suche. Die Handlung hingegen bleibe bestehen. Dies könne man sehr deutlich in den USA beim Thema Klimawandel beobachten. Es sei keine wissenschaftliche Diskussion, die in den USA stattfinde. Es gebe in den USA nur wenige Menschen, die es inakzeptabel fänden, Dinge zu tun, die die Umwelt schützen. Wenn man diesen Menschen eine wissenschaftliche Studie vorlege, um ihnen zu beweisen, dass deren Rechtfertigung nicht haltbar ist, so werde halt eine neue Studie in Auftrag gegeben. Keineswegs seien sie dann bereit, ihre Handlungen zu ändern.

Glücklicherweise gebe es aber Menschen, die sich für die richtigen Handlungen entscheiden würden. Er begrüßt es, dass sich die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages konstituiert hat, um solche Handlungsempfehlungen zu entwickeln, und bringt zugleich sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass in seinem Heimatland, den USA, eine vergleichbar Kommission nicht zustande gekommen wäre. Die aktuelle Situation der Menschheit erinnere ihn an eine Situation, die er vor einiger

Zeit in Budapest erlebt habe. Prof. Meadows erzählt, er habe sich in ein Taxi begeben, um mit diesem vom Stadtinneren Budapests zum Flughafen zu fahren. Der Taxifahrer war nicht des Englischen mächtig, weshalb nur eine nonverbale Kommunikation mit ihm möglich war. Während der Fahrt stellte Prof. Meadows mehrfach fest, dass sich der Benzinstandanzeiger gegen Null wandte. Um den Taxifahrer darauf aufmerksam zu machen, stupste er ihn an und wies auf den sich gegen Null wendenden Zeiger. Der Taxifahrer stupste zurück und grinste. Dieser Vorgang wiederholte sich mehrfach. Schlussendlich musste das Taxi anhalten, weil kein Benzin mehr vorhanden war. Als der Taxifahrer ausstieg, bemerkte Prof. Meadows, dass sich auf dem Sichtfenster vor der Benzinuhr aus dem Blickwinkel des Taxifahrers das Bildnis einer attraktiven Frau befand. Jetzt erst wurde ihm klar, warum der Taxifahrer seine Warnungen nicht ernst genommen hatte: Der Taxifahrer hatte diese gar nicht als Warnungen erkannt und stattdessen als Hinweis auf die attraktive Frau missverstanden. Letztlich sei es mit den aktuellen Regierungen nicht anders. Nur seien es in diesem Falle nicht das Bild einer schönen Frau, sondern hübsche Statistiken. Man habe oftmals ein schönes Bild vor sich, beispielsweise das BIP, mit dem man viele schöne Dinge unternehmen könne. Man habe es auch mit einer Wunschvorstellung zu tun, die nichts mit dem zu tun habe, wie die Benzinuhr in Wirklichkeit aussehe. Er verleiht der Hoffnung Ausdruck, dass es irgendwann gelinge, den Regierungen zusätzliche Informationen zum BIP, welches er in keinem Falle abschaffen möchte, an die Hand zu geben, damit sie ihren Blick für ihre politischen Handlungen weiten.

Prof. Meadows führt sodann aus, man habe die Warnungen des ‚Club of Romes‘ zunächst nicht wirklich ernst genommen und sich damit zufrieden gegeben, alles werde so schlimm nicht kommen. Sodann habe die Maxime gegolten, der Markt werde es schon regeln. Schließlich habe es geheißen, die Technologien bzw. der technische Fortschritt würden die Probleme lösen. Erst heute gelange man zu der Erkenntnis, dass all dies (Markt und Technologie) die Probleme allein nicht lösen könne. Er erläutert sodann die Gleichung auf Folie 14 seiner Präsentation. Die Gleichung, die dort aufgezeigt ist, betreffe CO_2 , könne sich aber auch gleichwohl auf Wasser oder ähnliches beziehen. Die Gleichung zeige am Beispiel von CO_2 auf, welche Faktoren entscheidend für den Klimawandel seien. Dieser Klimawandel bzw. der CO_2 -Ausstoß, der durch CO_2 bewirkte Klimawandel, resultiere aus verschiedenen Faktoren: zum einen der Anzahl der auf der Welt lebenden Menschen; diese multipliziert mit Lebensstandard bzw. mit dem Kapital pro

Kopf, was jedem Menschen zur Verfügung stehe; dies wiederum multipliziert mit der Energie, die notwendig sei für all diese Kapitaleinheiten; dies wiederum multipliziert mit dem Bruch der Zahl der Energien, die aus nicht fossilen Quellen stammen. Trotz aller Bemühungen, den CO₂-Ausstoß zu senken, sei zu konstatieren, dass der CO₂-Ausstoß gleichwohl steige. Woran liege das? Seine Antwort lautet: Man habe fälschlicherweise darauf gehofft, man könne den CO₂-Ausstoß durch den technologischen Fortschritt eindämmen. Aber solange der Lebensstandard gleichwohl mehr steige, könne man das Problem des CO₂-Ausstoßes nicht allein durch technologische Fortschritte lösen. Dabei betont er, dass er die Wichtigkeit des technologischen Fortschritts nicht in Frage stellen wolle. Aber er sei der Auffassung, dass man ohne starke Indikatoren auf der sozialen Seite keinen Erfolg haben werde.

Prof. Meadows geht im Folgenden auf die Indikatorenfrage ein und bezieht sich dabei auf seine Ausführungen auf der Folie 15 seiner Präsentation. Er stellt kurz den kanadischen Wohlstandsindex vor, der aus 64 Einzelindikatoren zusammengesetzt sei, die wiederum jeweils acht Kategorien zuzuordnen seien. Die zugrunde liegenden Daten gingen bis ins Jahr 1994 zurück bzw. lägen seit 1994 vor. Die Datensammlung zeige eines ganz anschaulich: Das BIP sei seit 1994 um 31 Prozent gestiegen, während der Wohlstand lediglich um 11 Prozent gewachsen sei. Richtig sei aber auch, dass einige Faktoren heruntergegangen seien, beispielsweise wenn man die Umwelt betrachte.

Er schließt seine Kurzvorstellung über den kanadischen Wohlfahrtsindex mit dem Fazit, ein solcher Index eröffne zumindest die Möglichkeit, dass er dem Betrachter eine etwas langfristige Perspektive aufzeige. Er wolle keineswegs allein für das kanadische Modell plädieren, meine aber, dies könne ein vernünftiger Ansatz sein. Denn nur wenige Menschen seien bereit, kurzfristig Opfer zu bringen, um langfristig besser da zu stehen.

Schlussendlich geht Prof. Meadows in seinem Vortrag auf sogenannte eingrenzende Faktoren ein (vgl. S. 17 seiner Präsentation). Er hebt in diesem Zusammenhang drei wesentliche Faktoren hervor: Ein ganz wesentlicher Punkt sei, dass alle Regierungen in zu kurzfristiger Frist handeln und denken würden. Zum anderen handelten die Regierungen oftmals zu langsam. Schlussendlich: Der Bedarf an Kapital und Energie wachse so stark, dass es immer schwieriger werde, neuen Wohlstand zu schaffen.

Ende des Vortrags von Prof. Meadows.

Die Vorsitzende, Abg. Daniela Kolbe (SPD), dankt Prof. Meadows ganz herzlich für seinen ansprechenden Vortrag, der der Kommission die Wichtigkeit ihres Auftrags vor Augen geführt habe.

Sie eröffnet sodann die Fragerunde.

SV Prof. Dr. Henrik Enderlein bittet Prof. Meadows, dass auf Folie 5 seiner Präsentation dargestellte Szenario noch einmal kurz zu erläutern.

Prof. Dennis Meadows kommt dieser Bitte nach und erklärt die Folie im Detail.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) rekurriert zunächst auf die Aussage von Prof. Meadows, wonach dieser sich davon überzeugt zeigte, dass seine Prognosen aus dem Jahre 1972 dem Grunde nach zutreffend gewesen seien. Er fragt diesbezüglich nach, ob es auch Punkte gab, in denen er sich geirrt hätte bzw. inwiefern seine Prognosen sich als falsch herausgestellt hätten.

Prof. Dennis Meadows antwortet hierauf, man habe insbesondere die technologischen Möglichkeiten zur Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion unterschätzt. In diesem Bereich sei der Fortschritt eindeutig höher gewesen als man erwartet habe. Zudem sei dieser Aspekt in seinem ersten Buch ‚Der Klimawandel‘ überhaupt nicht erwähnt worden, da man dieses Phänomen seinerzeit nicht kannte. Gleichwohl habe man schon 1972 über die CO₂-Emissionen gesprochen. Auch seien die Aussagen zum Thema Technologie sehr vereinfacht gewesen. Man habe diesbezüglich sowohl Vor- als auch Nachteile übersehen. Man habe diese Annahmen jedoch in der 2. und 3. Fassung des Buches geändert bzw. korrigiert. Sein größter Fehler sei jedoch gewesen, dass er davon ausgegangen sei, durch seine Analyse könne er tatsächlich eine Änderung bewirken.

Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU) gibt zu erkennen, ihn hinterlasse der Vortrag etwas ratlos. Denn die Stellschrauben, die der Politik zur Verfügung stünden, um Veränderungen herbeizuführen, im Einzelnen Markt und technologische Innovation, Zivilgesellschaft und Politik, seien allesamt als nicht ausreichend dargestellt worden. Insbesondere wenn die Regierungen zu miotisch seien [kurzsichtig] und das Regierungshandeln zu langsam, dränge

sich die Frage auf, ob nicht langsam der Ausnahmezustand von Carl Schmitt erreicht sei, in dem das Recht zugunsten der natürlichen Ordnung suspendiert werden müsse. Er fragt, ob Prof. Meadows so etwas wie ein ökologisch-autoritäres Regierungssystem propagiere.

Prof. Dennis Meadows erwidert hierauf, er sei überzeugter Demokrat und sehr froh, in einem demokratischen System zu leben. Zudem befürworte er es, wenn man die Demokratie weiter perfektioniere, damit man in der Zukunft ein möglichst perfektes demokratisches System habe. Aber als Historiker sehe er zugleich, dass es in der Menschheitsgeschichte verschiedene Methoden des Regierens gegeben habe. Die Demokratie sei vor diesem Hintergrund ein relativ neues System. Er denke, es sei ein Fehler, davon auszugehen, die Demokratie sei das Endstadium einer jeden politischen Entwicklung. Man könne zudem nicht davon ausgehen, dass man für immer ein demokratisches System haben werde. Daher sei es nicht unwahrscheinlich, dass die politischen Systeme an unterschiedlichen Orten unterschiedlich geprägt sein würden.

Klar sei aber auch, wenn man sich mit den physischen Aspekten der Problemlage befasse, dass diese physischen Probleme außerhalb des jeweiligen politischen Systems liegen würden. Beispielsweise sei absehbar, dass das Erdöl in Saudi Arabien irgendwann ausgeschöpft sein werde. Dies habe jedoch nichts damit zu tun, dass Saudi Arabien eine Monarchie sei. Letztlich gehe es um physische Gegebenheiten. Die Menschen gingen häufig davon aus, dass es ein bestimmtes politisches System gebe, das immer zu Erfolg oder aber zu Misserfolg führen werde. Dies stimme seiner Ansicht nach nicht. Es gebe keine Art von politischen Systemen, die funktionieren werde, solange die Entscheidungsträger egoistisch oder nicht klug genug seien, egal ob Demokratie, Monarchie, ob Stammbesystem. Wenn man hingegen vorausschauende, altruistische politische Führer habe, glaube er, dass man viele Möglichkeiten der Organisation habe, um des Problems Herr zu werden. Er veranschaulicht seine These anhand des Beispiels von Singapur. Dort gebe es ein gesellschaftliches System, das auf einer Diktatur mit ‚innerem Kreis‘ beruhe. Die dort verantwortlichen politischen Führer seien sehr klug und vorausschauend genug gewesen, um sich mit den langfristigen Perspektiven auseinanderzusetzen. Es sei dort gelungen, ein relativ stabiles gesellschaftliches System zu entwerfen. Auf Rückfrage plädiert Prof. Meadows gleichwohl dafür, man solle ein solches System wie in Singapur nicht in Deutschland etablieren, weil er dies nicht für richtig erachte.

Die Vorsitzende beendet sodann die Runde der Verständnisfragen und bittet die Kommissionsmitglieder nunmehr um allgemeine Fragen zu den Themen: Welche Lehren können wir aus 40 Jahren Wachstumskritik ziehen? Welche konkreten Handlungsvorschläge gibt es für die Zukunft?

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) nimmt Bezug auf den letzten Themenkomplex zum Thema Demokratie und zeigt sich zugleich etwas zuversichtlicher hinsichtlich der Chancen einer Demokratie. Sicherlich könne man im Rahmen eines demokratischen Systems Fehler machen, gleichwohl sei sie der Überzeugung, dass man im Rahmen einer Diktatur weitaus schwerwiegendere Fehler mit weitaus gravierenderen Folgen anrichten könne, als dies in einer Demokratie möglich sei. Dies könne man insbesondere am Beispiel Deutschlands ablesen. Man habe sehr schlimm erfahren müssen, zu welch schrecklichen Verirrungen eine Diktatur führen könne. Eine Demokratie sei weitaus flexibler als eine Diktatur. Rekurrierend auf den Vortrag von Prof. Meadows stellt sie sodann die folgende Nachfrage: Sie fragt, ob sie den Vortrag richtig verstanden habe, dass es ausreiche, die richtige Kombination aus den technischen Voraussetzungen und politischen und finanziellen Auswirkungen zu haben, um des Problems Herr zu werden. Außerdem sei für sie die Frage interessant, ob es auch im Rahmen der Arbeiten von Prof. Meadows und seinem Team eine Diskussion über die richtige Prioritätensetzung gegeben habe.

Prof. Dennis Meadows fasst die Frage der Abgeordneten Edelgard Bulmahn sinngemäß so zusammen, wonach sie gefragt habe, welche Prioritäten man innerhalb des deutschen, demokratischen Systems setzen solle. Einleitend ruft Prof. Meadows in Erinnerung, dass der Begriff der Demokratie für sehr unterschiedliche politische Systeme verwendet werde. Beispielsweise sei die Demokratie in Deutschland völlig anders als die Demokratie in Griechenland. Er kommt sodann auf die Frage nach den Prioritäten zu sprechen. Seines Erachtens habe die Entwicklung neuer Erfolgsindikatoren eine besonders hohe Priorität. Es sei sehr wichtig, neben dem BIP andere Indikatoren, neue Indikatoren zu entwickeln, die beispielsweise abbilden könnten, wie viel Freizeit den Menschen in einem Lande, die erwerbstätig seien oder auch nicht, zur Verfügung stehe. Sinnvoll seien auch Indikatoren, die eine Aussage über den Zustand der Umwelt machten. Für ihn sei daher die erste Priorität, einige Indikatoren über den sozialen Wohlstand neu zu etablieren. In den USA sei es so, dass, soweit man über Umweltthemen spreche, der Einwand erhoben werde, man habe ja das BIP, und dies allein sei aussagekräftig genug.

SV Dietmar Hexel führt aus, Prof. Meadows habe zu Recht darauf hingewiesen, dass technologische Innovation allein nicht ausreiche. Wenn man sich nun vor die Kernfrage stelle, dass man mit 7 Milliarden Menschen auf einem Planeten lebe und Nachhaltigkeit nicht allein bedeuten könne, dass man alle Menschen auf ein Niveau hebe und zugleich Angst davor habe, das eigene Niveau zu verlieren, wo eine kommunikative Lösung dafür zu suchen sei, möglicherweise schmerzhaft Einschnitte vorzunehmen. Wenn es darum gehe, dass die mächtigen bzw. politischen Akteure eine Legitimation für ihr Handeln benötigten, so stelle sich die Frage, was man tun müsse, um den Mächtigen zu sagen: Wenn ihr diese oder jene Maßnahme nicht rechtzeitig einleitet, so werdet ihr abgewählt. Dies sei übrigens der qualifizierende Unterschied zwischen einer Diktatur und einer Demokratie, was man derzeit ganz gut in Nordafrika beobachten könne. Dort würden die Mächtigen nicht abgewählt, sondern erschossen. Er stelle sich die Frage, wie man den Bewusstseinswandel, der ohne Zweifel erforderlich sei, beschleunigen könne.

Prof. Dennis Meadows räumt auf die Frage des Sachverständigen Dietmar Hexel ein, er habe auf die von ihm gestellten Fragen letztendlich auch keine Antwort. Er gibt zudem offen zu, es fehle ihm diesbezüglich an Ideen. Gleichzeitig sei sicherlich zu differenzieren zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA, weil in Deutschland der Bewusstseinswandel schon weitaus fortgeschrittener sei als in seiner Heimat.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué resümiert einleitend, eine der Kernaussagen von Prof. Meadows habe wohl darin bestanden, dass sowohl die politischen Akteure und Mächtigen als auch die Menschheit als solche durch das Merkmal der Kurzsichtigkeit geprägt seien. Wenn diese Analyse richtig sei, stelle sich die Frage, wie eine Strategie der Weitsichtigkeit aussehen könne. Er habe es als ganz bezeichnend empfunden, dass Prof. Meadows auf die Frage des Sachverständigen Hexel keine Antwort darauf habe geben können, was man tun könne, damit die Gesellschaften zu einer weitsichtigen Strategie kommen könne. Er greift sodann einen Gedanken aus dem Vortrag von Prof. Meadows auf, wo er sich für eine Kultur des Experimentierens ausgesprochen habe. Jemand, der experimentiere im Sinne eines ‚Trial and Error‘ wisse ja nicht, ob er einen Fehler begehe oder ob er etwas Gutes zustande bringe. Dieses Prinzip des „Trial and Error“ sei natürlich nicht ganz kompatibel mit der Vorstellung, dass es vielleicht doch so etwas wie eine Wahrheit gebe. Vor diesem Hintergrund lautet seine Frage an Prof. Meadows, in welche Ecke er sich stellen würde: in die Ecke des Prinzip des „Trial and Error-Suchenden“

oder in diejenige Ecke, die nach der Wahrheit suche. Des Weiteren führt Prof. Paqué aus, er habe seinerzeit das Buch von Herrn Meadows mit großer Begeisterung gelesen, aber darüber hinaus auch die Repliken auf das seinerzeit erschienene Buch, u. a. Robert Solow. Die anderen Wissenschaftler hätten u. a. die Vorstellung von Substituierungsprozessen in die Debatte eingebracht. Gemeint sei mit diesen Substituierungsprozessen wohl der Versuch der Menschheit, auf kreativem Wege und im Zuge des technologischen Fortschritts mit der Notwendigkeit der Verknappung zurechtzukommen. Er fragt konkret nach, wie Prof. Meadows die seinerzeit geführte Debatte im Nachhinein beurteile.

Prof. Dennis Meadows erwidert herauf, dass er angesichts des eng gesetzten zeitlichen Rahmens nicht auf alle an ihn gerichteten Fragen in der wünschenswerten Breite antworten könne, da dies eine Debatte von wohl mehreren Tagen ausmachen würde. Er bittet daher um Verständnis, dass er in seinem Vortrag nicht vollständig auf alle Fragen habe eingehen könne. Ihm sei vor allen Dingen der Aspekt der Kurzfristigkeit ein besonderes Anliegen. Viele Politiker seien durchaus weitsichtig und von dem Willen getragen, langfristig richtige Entscheidungen auf den Weg zu bringen. Trotzdem seien sie Gefangene eines Systems, in dem sie nicht in der Lage seien, dementsprechend zu agieren, ohne dass sie ihre Position verlören. Sobald diese Politiker dann die aktive Politik verließen, gebe es viele Beispiele für sehr weitsichtig denkende Staatsmänner. Eine besondere Stärke der deutschen Wirtschaft sei die wichtige und besondere Rolle der Familienunternehmen. Denn bei Familienunternehmen habe man naturgemäß einen größeren Zeithorizont im Blick. Gerade auf der Familienebene könne man besonders gut die langfristigen Entscheidungen erkennen. Dies gelte insbesondere für Menschen mit Kindern, die sich selbstverständlich darüber Gedanken machten, wie es ihren Kindern eines Tages einmal gehen werde. Aus diesen Gründen sei das System von Indikatoren so wichtig: Dies ermögliche den Menschen, ihre eigenen Lebensumstände und die damit verbundene Lebensqualität besser zu beurteilen, unabhängig vom BIP. Er nimmt sodann Bezug auf die Ausführungen von Sachverständigen Paqué zum Thema des Experimentierens. Prof. Meadows stellt klar, dass er wohl ein anderes Verständnis zum Thema ‚Experimentieren‘ habe als Herr Prof. Paqué. Er unterscheide wie folgt: Zum einen gebe es die Möglichkeit, das ‚ich‘ an einem anderen Menschen experimentiere. Eine andere Form des Experimentellen sei es, wenn sich eine Gruppe von Menschen zusammentue, um gemeinsam etwas Neues auszuprobieren. Wenn er von Experimentellem spreche, spreche

er von der zweiten Variante. Er halte es beispielsweise für notwendig, neue Währungssysteme auszuprobieren und die Sozialversicherungssysteme generell zu überdenken. Man müsse neue Wege beschreiten, wie man mit dem Energieverbrauch umgehe.

Prof. Meadows nimmt sodann Bezug auf den von Prof. Paqué verwendeten Begriff der Wahrheit. Seiner Ansicht nach gebe es nicht die eine Wahrheit, sondern es gebe verschiedene Formen der Wahrheiten.

Die Vorsitzende ergreift das Wort und appelliert an die Mitglieder, nunmehr in einen Diskurs bzw. eine Diskussion mit Herrn Prof. Meadows einzusteigen. Dies sei eine einmalige Gelegenheit, nicht nur Fragen zu stellen, sondern in einen Gedankenaustausch einzusteigen.

SV Prof. Dr. Meinhard Miegel stellt eine kurze Nachfrage zur Präsentation von Prof. Meadows: Er fragt, wofür die blaue Linie auf Folie 5 stehe.

Prof. Dennis Meadows antwortet hierauf, dass die blaue Linie auf Folie 5 seiner Präsentation die Gesamtmenge aller nicht erneuerbaren Ressourcen darstelle (beispielsweise Kupfer, sämtliche Quarze, Öl etc.). Es gehe explizit nicht um landwirtschaftliche Produkte, sondern um sämtliche Ressourcen, die sich von selbst nicht erneuern können. Ein besonderer Aspekt, den die blaue Linie vor Augen führe, sei, dass die gesamte Menschheit in den Jahren 2000 bis 2020 in etwa so viel nicht erneuerbare Ressourcen verbraucht haben werde wie zuvor in der gesamten Menschheitsgeschichte nicht.

Die Vorsitzende, Abg. Daniela Kolbe (SPD), nimmt sodann noch einmal Bezug auf die Kernaussage von Prof. Meadows, wonach die Kurzfristigkeit politischen Handelns bzw. Denkens eines der wesentlichen Probleme sei, warum es bisher nicht gelungen sei, die Lücke zwischen dem, was man eigentlich wisse, was getan werden müsste, und dem, was man tatsächlich tut, zu schließen. Sie fragt, ob nicht ggf. die Indikatoren selbst, insbesondere das BIP, die Ursache dafür gewesen sein könnten, dass man immer nur kurzfristig gedacht und gehandelt habe, und ob es möglich sei, dass die Fokussierung auf das Bruttoinlandsprodukt letztlich die Ursache für diese Kurzfristigkeit sei.

Prof. Dennis Meadows erwidert hierauf, wenn er die Antwort auf diese Frage wüsste, benötige man nicht eine solche Kommission. Er empfinde es als sinnvoll, sich daran zu erinnern, dass der Mensch in seiner heutigen Gestalt sich über viele Jahrtausend Jahre entwickelt habe. Für die größte Zeit dieser

Entwicklungsphase der Menschheit habe langfristiges Denken keinen Überlebenswert gehabt. In der früheren Menschheitsgeschichte sei es überlebensnotwendig gewesen, kurzfristig zu denken. Er wisse nicht, ob das System von Indikatoren – wie es Abg. Daniela Kolbe angedeutet habe – ursächlich für dieses kurzfristige Denken sei. Selbstverständlich sei das BIP kurzfristig. Er glaube, dass im BIP implizit die Vorstellung von ‚Rabatt‘ enthalten sei, gewissermaßen der Gedanke, dass die Kosten, die man in der Zukunft zu tragen habe, nicht in dem Maße enthalten seien, wie die Kosten in der Gegenwart.

Das Argument gegen den Klimawandel sei immer gewesen, dass man nicht jetzt zahlen solle, um die negativen Auswirkungen zu vermeiden, sondern es sei günstiger, wenn man es in der Zukunft ganz vermeiden könne. Dieses Denken komme aus dem Denken des „Gegenrechnens“ und zahlreichen Clustern, die sich in unserem System entwickelt hätten. Die Indikatoren seien in den USA entwickelt worden. Das System habe sich in den 1930-er Jahren entwickelt. Seinerzeit sei Franklin D. Roosevelt Präsident gewesen und er habe eine Möglichkeit des Verständnisses über das, was sich in der Wirtschaft tue, benötigt. Die Behörde, die diese Methode entwickelt habe, wies seinerzeit darauf hin, dass diese Zahlen nicht die Ziele der Gesellschaft seien, sondern dass diese Zahlen Hinweise geben könnten, wie man agieren müsse und wie man die Wirtschaftsleistung einer Volkswirtschaft berechnen könne. Allerdings seien die BIP-Zahlen fast automatisch übernommen und selbst als Ziel gesehen worden. Sie seien sinnvoll, gleichwohl sei es wichtig, noch zusätzliche Zahlen zu entwickeln.

Prof. Dr. Ulrich Brand erklärt, er habe den Bericht Prof. Meadows immer so gelesen, dass das Ziel von wirtschaftlicher Aktivität sehr stark auf Wohlstand ausgerichtet sei. Er finde es angenehm, dass Prof. Meadows einen globalen Blick dahingehend habe, dass er Erfahrungen in anderen Gesellschaften ernst nehme. Das sei leider bisher keine Stärke dieser Enquete-Kommission. Er interpretiere Prof. Meadows so, dass die große strukturelle Barriere für Veränderungen der „Time Lag“ sei. Ebenso habe er ihn so verstanden, dass es zu spät sei für „Sustainable development“, für die Rio- Institutionen, Klimarahmenkonventionen, Biodif-Konventionen usw. Aus seiner Sicht müsse genau hingeschaut werden, welches die strukturellen Barrieren seien, die Frage von globalem Wettbewerb, von neoliberaler Politik, die Rolle der

Finanzmärkte, die Verankerung der Lebensverhältnisse. Man könne darüber streiten, wie wichtig die einzelnen Faktoren seien. Er vertrete jedoch auch die Auffassung, dass das Gewinnprinzip relativ wichtig sei. An Prof. Meadows richtet er die zeitdiagnostische Frage, wie er denn das neue Angebot einschätze, dass die Green Economy das „Sustainable development“ ersetze. Zudem stellt er die Frage, was heute in den Blick genommen werden müsse im Hinblick auf die „Structural constraints“, um die aus seiner Sicht der Gefahr einer neuen „failure“, nämlich des Versprechens einer „Green Economy“ mit den entsprechenden Rahmenbedingungen, z. B. Green New Deal, zu verhindern.

Er vertrete die Auffassung, dass die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise damit bearbeitet werde, was man in der Diskussion als „Finanzialisierung der Natur“ bezeichne, z. B. Landkauf im Süden, enorme Infrastrukturinvestitionen oder den Immissionshandel, also Finanzialisierung der Natur als Krisenlösungsmoment der Finanzmarktkrise 2008. Es stelle sich die Frage, ob dies ein dominanter Trend sei oder ob dies eher eine Nischenstrategie darstelle.

Prof. Dennis Meadows erläutert im Hinblick auf nachhaltige Entwicklung, dass eine Analyse des Forschungsinstituts „Energy Watch Group“ festgestellt habe, dass bis zum Jahre 2030 die globale Ölproduktion nur 50 Prozent der gegenwärtigen Mengen betrage. Effizienzmaßnahmen und Solarenergie würden den Mangel an Öl nicht ersetzen können. Die absolute Energiemenge werde sinken. Sie werde niedriger sein als die Energie, die heute verfügbar sei. Natürlich werde die Energie aber höher sein, als es sie 1960 oder sogar 1970 gab. Wichtig sei, dass man sich auf diesen Rückgang vorbereite und wenn dies richtig erfolge, dann könne man trotzdem attraktive Ergebnisse erzielen. Er empfehle insofern einen geordneten Übergang zu organisieren.

Im Hinblick auf die angesprochene Finanzkrise sei der Euro auch für ihn wichtig, z. B. wegen des Wechselkurses. Heute sei es so, dass 97 Prozent sämtlicher Währungstransaktionen von Leuten beeinflusst würden, die die Absicht hätten, Geld verdienen zu wollen. Deswegen schwanke der Euro so. Die tatsächliche Währung ändere sich nicht. Wenn man von Märkten und Volkswirtschaften spreche, dann müsse man dabei erkennen, dass die Vorstellung des perfekten Marktes mit vielen verschiedenen kleinen

Verkäufern/Käufern und mit besonderen Einflüssen auf die heutige Situation nicht mehr zutrefte.

Im Hinblick auf die „Green Economy“ könne er nicht sagen, was dies genau bedeute. Die Befürworter würden sich im Grunde genommen mehr Sorgen um die Wirtschaft machen. Der grüne Industrialist mache sich mehr Sorgen um die Industrie als über die Umwelt. Innerhalb dieser Idee einer Green Economy finde sich die Vorstellung des „Entkoppelns“, also die Vorstellung, dass man weiterhin Wirtschaftswachstum haben könne und der Einsatz von Gütern und Energie keinerlei Umweltschäden mehr verursache. Man entkopple also das Wachstum von seiner umweltschädigenden Wirkung. Die Idee sei wunderbar, jedoch gebe es rein empirisch gesehen nicht einen einzigen Fall, wo man nachweisen könne, dass dies möglich sei. Selbst Tim Jackson, dessen Buch „Reichtum ohne Wachstum“ gerade ins Deutsche übersetzt worden sei, führe explizit aus, dass diese Entkopplung eine Illusion sei. Wenn man weiterhin wachse, dann würden auch mehr Güter und Dienstleistungen verbraucht. Man könne Effizienz steigern. Das sei sinnvoll. Aber es gebe keine Art und Weise, in der eine Entkopplung möglich sei. Und wenn man nicht entkoppeln könne, dann sei die sogenannte „Green Economy“ wirklich ein Oxymoron.

SV Michael Müller weist darauf hin, dass in den 1970er und 1980er Jahren die wegweisenden Bücher zu den Weltmodellen aus den USA gekommen seien. Er denke an Forrester mit seinem teuflischen Regelkreis, an die Weltmodelle, an ihre Grenzen des Wachstums und an Global 2000. Er wolle daran erinnern, dass z. B. in den 1980er Jahren, u. a. James Hansen (USA), die Vorreiter in der Klimadebatte gewesen seien. Trotzdem müsse festgestellt werden, dass die USA der „Hauptbremser“ bei all diesen Fragen sei. An Prof. Meadows richtet er die Frage, wie er sich diesen Widerspruch erklären könne, zumal dieser Widerspruch sich auch auf viele europäische Länder übertragen lasse, die sich dann nicht mehr bewegen würden, wenn sie sähen, dass die großen Industrieländer sich nicht bewegen würden. Es stelle sich die Frage, ob der Konflikt sehr viel tiefer gehe, als er von Prof. Meadows angesprochen worden sei mit der zurecht beschriebenen Kritik über Kurzfristigkeit, Komplexität der Demokratie und vielen anderen Aspekten. Könne es vielleicht sein, dass man sich derzeit gar keine andere Alternative zu dem europäischen oder neoeuropäischen Modell der Weltbeherrschung

vorstellen könne? Und wenn wir keine Alternative haben, bedeute dies ganz im Sinne von Kennedy – den Aufstieg und Fall der großen Mächte – dass man davon ausgehen müsse, dass Europa, Neo-Europa und die USA die Zukunft hinter sich hätten und die Entwicklungen der Zukunft von Asien ausgehen würden?

Prof. Dennis Meadows bestätigt die Einschätzung von SV Michal Müller, wonach die USA das größte Hindernis für eine konstruktive Klimapolitik darstellen würden. Das finde er persönlich frustrierend. In den 1970er Jahren seien die USA bei den Themen Bevölkerung und Umwelt weltführend gewesen. Und nun habe man mit Präsident Obama eine Regierung, die versuche, diese Veränderungen zu blockieren. Den Begriff „liberale Demokratie“ usw. könne man nicht verallgemeinern. Dies könne man einfacher erklären: Die USA verfüge über eine sehr große Industrie der fossilen Brennstoffe, deren Hauptsitze sich in den USA befänden. In den USA habe man ein politisches System, in dem das Geld einen sehr großen Einfluss habe. Ein Leitbild der Demokratie sei, dass jeder Mensch eine Stimme habe. Dies gebe es jedoch seit Längerem nicht mehr in den USA. Er kenne in den USA einige Millionäre, die mehr Einfluss hätten, als zwei oder drei Millionen andere Amerikaner. So würde er auch die Umwelt- und Klimapolitik erklären. Es gehe nicht um eine bestimmte politische Philosophie. Hinsichtlich der Frage, ob es Alternativen gebe, wolle er ein Beispiel nennen. Er sei 1942 geboren und seitdem habe die Welt 85 Prozent der Erdölvorräte verbraucht, die während der gesamten menschlichen Geschichte verbraucht worden seien. Schauen Sie sich Autos usw. an, gingen wir davon aus, dass dies immer schon so gewesen sei und die Zukunft so aussehen werde. Es falle uns schwer über Alternativen nachzudenken. Aber die meisten von uns lebten schon zu anderen Zeiten. Viele von Ihnen lebten schon unter der Nazi-Herrschaft. Das seien ganz andere Bedingungen gewesen. Viele hätten z. B. in den 1950-Jahren in einer Gesellschaft gelebt, in der man nur ein Viertel des jetzigen Energieverbrauchs gehabt habe. Es sei schwierig, sich mit Alternativen auseinanderzusetzen, aber dies sei notwendig. Wenn man zurückschauen dann finde man interessante Beispiele. Er schaue sich globale Modelle nicht mehr an. Er arbeite nicht mehr mit rechnerbasierten Simulationen. Er beschäftige sich z. B. mit der Geschichte Dschingis Khans und versuche zu verstehen, wie Gesellschaften sich entwickelt hätten und warum

Gesellschaften gescheitert seien und welche Faktoren wichtig waren. Auf diese Weise könne man sich dann Gedanken über andere Alternativen machen.

Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU) stellt fest, dass die globale Betrachtungsweise und auch die von Prof. Meadows festgestellte Systemoffenheit zeigen würden, dass die Probleme, über die diskutiert würde, nicht in Deutschland verursacht, aber vor allem nicht in Deutschland gelöst werden könnten. Dies werde in der politischen Diskussion manchmal übersehen. Ihm seien die Prognosen insgesamt zu pessimistisch, was natürlich an der Arbeitsteilung liege, wonach Prof. Meadows für die Prognosen und für die Beschreibungen zuständig sei und der Kommission gehe es insbesondere um die Frage, wie man das eine oder andere in eine andere Richtung bewegen könne. Dazu würde er gern wissen, wie denn Wirtschaftswachstum von Ressourcenverbrauch entkoppelt werden könne und ob sich in den Prognosen hierzu etwas verändert habe? Bewusster Verzicht auf Wachstum verursache natürlich immer Verteilungsprobleme. Wie schätze Prof. Meadows das Thema ein, wenn der Kuchen nicht mehr größer und die Stücke immer kleiner werden würden? Dies könne zu einer schwierigen Lage führen, die man in reichen Ländern vielleicht noch auflösen könne, aber in Schwellenländern, wo das Thema Klima und Umwelt am Ende über das Bevölkerungswachstum entschieden werden würde, Verteilungsprobleme entstünden. Schließlich stelle er die Frage, wie der Verzicht herbeigeführt werden könne, demokratisch oder nicht demokratisch?

Prof. Dennis Meadows erklärt, dass er die Idee, dass man Wachstum brauche, weil es ärmere Länder gebe und diese reicher werden müssten, häufig höre. Und wenn es kein Wachstum mehr gebe, dann müsse man sich mit der Verteilung auseinandersetzen. Wenn man auf die letzten 50 Jahre zurückblicken würde, dann habe man eine Wachstumsphase erlebt, die größer gewesen sei als jemals zuvor in der Menschheitsgeschichte. Es habe noch nie eine Phase mit einem so ausgeprägten wirtschaftlichen Wachstum wie in den letzten 50 Jahren gegeben. Dennoch gebe es heute mehr arme Menschen als 1950. Daraus schlussfolgert er, dass das Wachstum das Armutsproblem offensichtlich nicht löse. Das sei eine Tatsache. Das Gefälle zwischen armen und reichen Menschen werde in den meisten Ländern immer größer, insbesondere global betrachtet. Das Problem der Verteilung gebe es somit auf

jeden Fall und könne nicht vermieden werden. Das Wachstum ermögliche es den Reichen, dieses Problem zu ignorieren. Sie könnten nämlich sagen, dass man gar nichts aufgeben müsse, weil es ein Wachstum gebe, von dem alle profitieren würden. Die Gesellschaft wisse jedoch, dass dem nicht so sei. Wenn es Wachstum gebe, dann profitierten am meisten die reichen Menschen. Das bedeute, dass Wachstum nicht die Lösung biete. Das Wachstum funktioniere letztlich nicht. So würde über den Begriff Wachstum gesprochen, als wenn etwas vermehrt werden würde. Wenn er alle Anwesenden einzeln fragen würde, ihm fünf Dinge zu benennen, die am meisten zum Glück beitragen würden, dann hätte er am Ende eine sehr lange Liste. Es würden wirtschaftliche Faktoren angegeben werden, z. B. ein großes Haus zu besitzen aber ebenso wären viele Dinge nicht-wirtschaftlicher Natur. Sofern also nur über den Begriff Wachstum gesprochen werde, sei dies eine Vereinfachung des Systems, was uns in die falsche Richtung führe.

Abg. Kerstin Andreae (Bündnis 90/Die Grünen) spricht den von Prof. Meadows im Vortrag zitierten „World Overshoot Day“ an. Darin hatte er dargelegt, dass die Regenerationsfähigkeit der Erde – auf das Jahr betrachtet – immer früher zu Ende gehe. Sie wolle darauf hinweisen, dass man wohl zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern unterscheiden müsse. Ihres Wissens habe der „World Overshoot Day“ in diesem Jahr im September gelegen, für Deutschland berechnet allerdings schon im Mai. Sie gehe deshalb davon aus, dass dies bei anderen Industrienationen ähnlich sei, da diese natürlich um ein Vielfaches mehr an ökologischen Kapazitäten fordern und mehr Ressourcen verbrauchen würden, als die Entwicklungsländer. Es stelle sich die Frage, ob die Notwendigkeit des Handelns in den Industrieländern nicht nur aufgrund der gegebenen Umstände, sondern auch aufgrund einer globalen Gerechtigkeitsfrage größer sei. Ein anderer Aspekt schließe an die Frage von Herrn Dr. Nüßlein an. Man werde in Entwicklungsländern wirtschaftliche Entwicklungen brauchen, um Menschen nicht nur aus Armut, sondern auch aus existentiellen Fragen herausholen zu können. Die Frage der Armut oder der Überlebensfähigkeit sei da ja teilweise mehr als frappierend und wenn Prof. Meadows sage, die Schere zwischen Arm und Reich gehe global immer weiter auseinander, so sei dies ein Indiz. Um die Menschen aus ihrer Armutshölle herauszuholen, sei es somit notwendig, eine wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen, um damit die Lebensumstände zu

verbessern. Sie sei daher noch nicht umfassend mit der Antwort auf die Frage von Herrn Dr. Nüsslein zufrieden gestellt, da sie die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung in diesen Ländern sehe und gerne auch benennen wolle.

Prof. Dennis Meadows geht bei seiner Antwort davon aus, dass die meisten der Anwesenden Politiker oder politisch Interessierte seien, so dass diese verstehen würden, dass die Fragen der Armen in Afrika nicht die Fragen seien, die wirklich entscheidend sein würden für die politischen Empfehlungen dieser Kommission. Er wolle zu bedenken geben, dass man nur Erfolg habe, wenn man sich mit jenen Sachen beschäftige, welche der Bundestag auch umsetzen könne. Und diese Sachen seien jene, die von den Menschen kommen, die sich Gedanken machen würden über dieses Land und nicht von denen, die sich mit anderen Ländern in anderen Teilen der Welt beschäftigen würden. Wenn einem die armen Menschen z. B. in Afrika oder in Asien wichtig seien, so wisse man doch, wie diesen Menschen zu helfen sei. Es sei ja kein Geheimnis, wie man genug Lebensmittel oder Behausungen für diese Menschen schaffen könne. Man wisse sehr gut, wie das zu erreichen sei, aber dies bedeute auch, auf etwas verzichten zu müssen. Man müsse die Dinge auch im übertragenen Sinne betrachten. Um dies beispielhaft zu belegen, berichtet er im Folgenden über Erfahrungen aus seinem Bekanntenkreis und äußert sein Unverständnis über jene Personen, die z. B. eine Armbanduhr im Werte von über 11.000 Dollar ihr eigen nennen würden, zugleich aber ihre Sorgen über die Menschen in Afrika zum Ausdruck brächten. Wenn es jenen Menschen wirklich wichtig wäre, so würden diese doch ihre Uhr verkaufen, zumal die Hälfte der globalen Bevölkerung weniger als 2 Euro am Tag zum Leben hätte. Natürlich könne man dafür sorgen, dass diese Menschen mehr Geld haben ohne wirtschaftliche Entwicklung. Man müsse einfach beim eigenen Verbrauch ansetzen. Auf gewisse Weise sei es wichtig, dass 7 oder 9 Milliarden Menschen genug zu essen und gute Arbeitsplätze hätten, er denke aber, dass die meisten glauben würden, dass das physisch nicht möglich sei. Dies aber dürfe man nicht als Rechtfertigung nutzen, sondern müsse vielmehr entscheiden, welche der möglichen Ziele man erreichen wolle. Er gehe davon aus, dass manche der Anwesenden am Ende der Diskussion meinen würden, er (Prof. Meadows) sei für eine Diktatur oder gegen die Armen, was nicht stimme. Er frage sich aber, welche Kapazitäten

die Welt habe und komme dann zu bestimmten Schlüssen. Es habe schon seit über 100.000 Jahren arme Menschen gegeben, was ihn zwar nicht freue, aber eine historische Tatsache sei. Man solle jetzt aber nicht sagen, dass man nichts machen könne, solange keine Lösung für das Problem der Armen gefunden sei. Dies sei ein wichtiges und interessantes Thema, und man solle sich damit beschäftigen. Dennoch gehe er davon aus, dass man dieses Problem auch in Zukunft nicht lösen könne. Er habe neben Afghanistan und Indien auch in ländlichen Gebieten der Türkei gelebt und wisse, wie das Leben dort aussehe für Menschen, die keine Habseligkeiten und nicht genug zu Essen hätten. Er verstehe es und es sei ihm auch wichtig, aber er würde keiner Fantasievorstellung hinterherlaufen und damit die Sachen blockieren, die man hier in diesem Land umsetzen könne. Eine der ersten Meldungen bei der Veröffentlichung seines Buches wären die Vorwürfe gewesen, dass er gegen die Menschen und vor allem gegen die armen Menschen sei, was aber nicht stimme. Er sei der Auffassung, nicht zuletzt im Hinblick auf den bereits angesprochenen ökologischen Fußabdruck, dass es vor allem die wenigen reichen Menschen seien, welche die Welt mehr schädigen würden als die vielen Armen, da es vorrangig um den Energieverbrauch gehe. So könne man sagen, dass die USA viel mehr negative Auswirkungen auf den Planeten habe als Indien, und das trotz der Bevölkerungsgröße Indiens. Es treibe ihn der Gedanke sehr um, dass diejenigen, die Macht hätten, wozu auch diese Kommission gehöre, zwar die Handlungsnotwendigkeiten erkennen könnten, bei Diskussionseintritt jedoch schnell die Sicht auf das Wesentliche verlieren würden und man am Ende nichts erreichen würde.

Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) stellt die Frage, ob er sich schon Gedanken darüber gemacht habe, dass die von ihm häufig verwandte Aussage, die langsame Verwaltung bzw. die Politik in der Demokratie sei ein Hindernis für Entscheidungen, zu einer gewissen Art von Entdemokratisierung führen könne.

Prof. Dennis Meadows bestätigt dies, gibt aber am Beispiel der USA zu bedenken, dass es nicht auf die Frage ankomme, ob man eine Demokratie habe oder nicht, sondern vielmehr, welche Art von Demokratie man habe. Vor allem gehe es um die Kurzsichtigkeit der Systeme, weswegen die wirklich schwerwiegenden Probleme nicht gelöst werden könnten. Das gelte sowohl für Demokratien als auch für Diktaturen bzw. für Stammessysteme. Es

handele sich also nicht um ein Problem des Systems, sondern darum, ob man vorausschauend denke oder nicht. Er rekurriert sodann auf eine seiner Äußerungen, wonach man in Deutschland und den USA in den nächsten 20 Jahren größere Veränderungen erleben werde als in den letzten 100 Jahren. Wenn man die Probleme und Lösungsmöglichkeiten realistisch einschätze, so würden am Ende dieser Zeit Demokratien weiterhin Bestand haben. Wenn man hingegen unrealistisch sei, würde dies eine belastende Situation für eine Demokratie darstellen und dazu führen, dass die Bevölkerung nach Ordnung rufe, was auch auf Kosten der Freiheit gehen könne – so wie man das jetzt in Russland unter der Regierung von Herrn Putin sehe. Deswegen müsse man überlegen, wie man auf eine freie und geordnete Weise durch diese Phase kommen könne. Wenn die Menschen eine Wahl treffen müssten, so würden diese sich immer für die Ordnung entscheiden. Dass dies nicht nur Theorie sei, sehe man am Beispiel der USA, wo seit dem 11. September 2001 die Freiheit gelitten habe. Es sei unglaublich, und er könne stundenlang über die Handlungen der Regierung sprechen, welche die Rechtsstaatlichkeit, die Informationsfreiheit und die Freiheit der Einzelnen einschränke. In Anbetracht dessen müsse etwas passieren, ansonsten glaube er nicht, dass in 20 Jahren noch eine Demokratie existieren werde.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué empfindet diese Annahme als besorgniserregend, fragt sich aber, welcher Art diese Veränderungen in den nächsten zwei Jahrzehnten seien. Zudem greift er die Fragen von Frau Andrea und Herrn Dr. Nüßlein auf, wo es um die Verteilung und die Möglichkeiten einer Entwicklung für die armen Länder ging. Er konfrontiert Prof. Meadows mit dessen Aussage, dass, wenn man Geld gebe und nicht darüber spräche, sondern einfach auf das Geld verzichte, man so die Situation in den Entwicklungsländern verbessern könne. Dies sei für ihn jedoch keine langfristige Lösung und er denke, dass man letztendlich eine globale Ordnung entwickeln müsse, innerhalb derer die armen Länder ihren Platz einnehmen könnten ohne gleichzeitig größere Umweltschäden herbeizuführen. Es gehe hier also um Kompromisse. Darauf bezogen stellt er Prof. Meadows die Frage, wie er sich die Arbeitsteilung auf der Welt in Zukunft vorstelle, insbesondere mit Blick auf Länder wie Indien, China oder andere großen Entwicklungsländern, die in den letzten Jahren ein großes Wachstum zu verzeichnen gehabt hätten. Auch wolle er wissen, womit Prof. Meadows das BIP ersetzen

wolle, zumal dieser die Obsession der Gesellschaft zu diesem Thema des Öfteren kritisiere. Zudem interessiere es ihn, wie Prof. Meadows zur Idee einer globalen CO₂-Steuer stehe und ob er glaube, dass dies ein Schritt in die richtige Richtung wäre, um bei den gegebenen Möglichkeiten, die Welt zu entwickeln und gleichzeitig die Umweltschäden zu reduzieren.

Prof. Dennis Meadows stellt klar, dass er zu keinem Zeitpunkt ein Verschwinden der Demokratie prognostiziert habe, sondern lediglich gesagt habe, dass ein Wandel erfolgen könne, wenn man kein realistisches Verhältnis zu den Problemen habe. Und es entspreche der Natur eines politischen Systems und der Natur des Menschen, dass diese eben die Ordnung über die Freiheit stellten. Dies wiederum führe dann von der Demokratie in die Diktatur. Wenn man also die Probleme ignoriere, dann werde man diese Demokratie verlieren. Er habe allerdings gesagt, dass die Demokratie eine relativ junge Innovation sei und es anmaßend wäre, sich vorzustellen, dass die Menschheit sich nicht mehr evolvieren werde und mit der Demokratie schon jetzt das Endstadium der Systeme erreicht wäre. Bezüglich der Frage nach der Art von konkreten Veränderungen die in den nächsten zwei Jahrzehnten zu erwarten wären, nennt Prof. Meadows eindeutig den Klimawandel. Ganz gewiss sei es so, dass in den nächsten 20 Jahren das Klima zu tiefgreifenden Veränderungen führen werde, da es ja schon jetzt signifikante Auswirkungen gegeben habe, zwar nicht unmittelbar für Deutschland, aber dennoch sicherlich indirekt im Hinblick auf gestiegene Nahrungs- und Lebensmittelpreise. Zudem käme es durch die Verknappung des Öls natürlich auch zu großen Veränderungen überall in der industriellen Welt. Auch der Euro werde seinen Charakter auf unbekannte Art und Weise verändern, was ganz außerordentliche Konsequenzen haben werde. Er sei zwar Systemanalytiker und kein Wirtschaftswissenschaftler, dennoch habe auch er eine umfassende wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung genossen und müsse beim Betrachten des Euro-System feststellen, dass dies nicht als stabiles System aufgebaut worden sei, da ihm die Module eines adaptiven, flexiblen Systems fehlen würden. Entweder werde der Euro verschwinden oder ihm müsse etwas anderes hinzugefügt werden. Das Tempo des Wandels habe sich beschleunigt und es gebe einige Indikatoren, die darauf hinweisen würden. Im Hinblick auf die vieldeutige Frage einer langfristig tragfähigen Lösung kommt Prof. Meadows zum Schluss, dass eine tragfähige Lösung für

den Planeten eine maximale Weltbevölkerung von etwa 2 bis 3 Milliarden Menschen bedeuten würde. In Anbetracht der aktuellen Weltbevölkerung von 7 Milliarden und der erwarteten 9 Milliarden-Grenze gebe es aber im Endeffekt keine wirklich tragfähige Lösung, welche auch langfristig sei.

Bei der Frage nach den anzusetzenden Indikatoren habe er eigentlich das Beste versucht und das System der 64 Indikatoren mit den 8 Sektoren besprochen, die in den letzten 5 Jahren in Kanada implementiert wurden. Dennoch sei das System an sich nicht perfekt. Gerade im Bereich der Indikatoren gebe es eine große Forschungsaktivität und den Konsens, etwas Zusätzliches zum BIP entwickeln zu wollen. Es gebe da Stärken aber auch sehr viele Schwächen. Er habe getan, was er konnte, um das Ganze in Relation zu setzen. Der ehemalige Statistik-Chef in Deutschland kenne sich da besser aus und hätte bestimmt viele interessante Dinge, die er der Kommission aufzeigen könne. Auf die Frage nach der CO₂-Steuer wolle er nicht näher eingehen, da er diesbezüglich über keine direkten Erfahrungswerte und Fachkenntnisse verfüge. Er könne nur so viel sagen, dass man den Klimawandel nicht mit einer CO₂-Steuer lösen kann. Eine CO₂-Steuer möge zwar im Ansatz eine sehr sinnvolle Sache sein, aber die grundlegende Lösung sei in einem ganz anderen Bereich zu suchen.

SV PD Dr. Norbert Reuter führt aus, man führe in der Kommission eine sehr heftige Debatte um die Zusammengehörigkeit und gegenseitige Abhängigkeit von Wachstum und Entwicklung, Wachstum und Wohlstand, Wachstum und Lebensqualität. Da gebe es die eine Meinung, die sage, es gebe keine Entwicklung ohne Wachstum und es gebe auch kein Wohlstand ohne Wachstum. Er frage wie Prof. Meadows diese Korrelation sehe? Und die zusätzliche Frage: Wenn er diese Frage nun beantworte, entspräche es seiner Theorie, wenn man sage, man müsse weniger Unterschiede machen zwischen den Entwicklungsländern und den Industrieländern?

Prof. Dennis Meadows antwortet hierauf, er könne hierzu nur den ganz offensichtlichen Kommentar machen, den man im Zweifel erwarte. Man verwende diese Termini „Entwicklung“ und „Wachstum“ auf so überaus vereinfachte Art und Weise, und im Grunde genommen gehe es um

ungeheuer komplexe Realitäten. Wachstum, ja von was? Für was oder wen? Über welchen Zeitraum hinweg? Und was genau verstehe man unter Entwicklung? Verstehe man darunter: Alphabetentum, Analphabetentum, solche Dinge? Was genau? Da gibt es vieles. Er wolle ein Beispiel geben, was er als ganz sinnvoll erachte. Viele Menschen seien Eltern von Kindern. In den frühen Lebensjahren dieses Kindes sei man stolz über das Wachstum seines Kindes. Wenn das Kind nicht genügend wachse, dann mache man sich Sorgen. Wenn es anständig wachse und groß werde, dann sei man froh und stolz. Selbst in den Teenagerjahren sei das noch so. Aber man müsse sich einmal vorstellen, das Kind wachse mit 25 oder 30 Jahren immer noch. Dann sei rein physisch gesehen der Zeitpunkt erreicht, wo einem das peinlich werde. Da sei man nicht mehr so glücklich und stolz. Jetzt wünsche man sich vielmehr, dass sich das Kind in eine andere Richtung entwickelt, beispielsweise musikalische Gaben entwickle, in der Literatur, in der Kultur etwas leiste usw.. Und so sei es auch mit der menschlichen Gesellschaft. Er selbst sei sehr froh darüber, dass er in einer Zeit von intensiven physischem Wachstum gelebt habe – er sei 1942 nach dem 2. Weltkrieg in den USA geboren. Während des Krieges sei nicht viel passiert und nach dem Krieg sei das Wachstum pfeilschnell in die Höhe geschossen. Und jetzt nenne er ein Haus sein eigen. Das sei schön und darüber sei er stolz und froh. Er sei auch nicht gegen Wachstum. Aber man könne sich nicht vorstellen, dass das Ganze auf ewig so weitergehe. Das wäre dumm. Das wäre genauso dumm, wie wenn man sich vorstellen würde, das Kind würde immer weiter wachsen. Zu einem bestimmten Zeitpunkt müsse sich die Gesellschaft ändern, weg von der physikalischen Expansion, hin zu etwas ganz anderem. Und da müsse man einen Unterschied machen zwischen dem Menschen und dem Affen oder den Tieren im Allgemeinen. Hinsichtlich der Menschheit gebe es ja noch Musik, da gebe es Kultur, Selbstverständnis, Bildung u.v.a.m. Man könne Wachstum in all diesen Bereichen haben, und das Wachstum könne nahezu unendlich weitergehen. Aber wichtig sei der Punkt, dass man mit einem Wachstum in diesem Sinne nicht die Umwelt schädige. Die Menschheit befinde sich jetzt an einem Punkt, wo man in Deutschland bzw. in den USA, wo man einen gewissen Grad an materiellem Wohlstand überschritten habe. Er rekurriert sodann nochmal auf das Beispiel seines Freundes, der eine Uhr im Werte von 11.000 Euro besitze. Es sei zu fragen: Wäre er glücklicher, wenn seine Uhr jetzt 20.000 Euro kosten würde? Oder wäre er weniger glücklich,

wenn seine Uhr nur noch 5.000 Euro wert wäre? Natürlich nicht. Das ganze sei doch dumm. Wäre er froh, wenn er eine neue Sprache lernen würde? Na klar. Sodann kommt er nochmal auf das Problem der armen Länder zu sprechen. Hier gehe es nicht um eine Kommission, die sich mit den Problemen der armen Länder zu befassen habe. Das sei auch nicht ihr Mandat. Man habe die Kommission nicht gebeten, die Probleme der Armen in Afrika zu lösen. Er habe sich das Mandat der Kommission angeschaut. Die Enquete-Kommission solle sich um Dinge kümmern, die zu Deutschland in Bezug stünden. Und den meisten Leuten in Deutschland, aber auch in anderen Ländern, seien die armen Leute in Afrika egal. Er wolle damit nicht sagen, dass das gut sei und man froh darüber sein solle, aber so sei nun mal die politische Realität. Tatsache sei, dass man sich auf einem Planeten befinde, auf dem schon heute 7 Milliarden Menschen leben würden. Und der Planet könne gerade mal 2 oder 3 Milliarden wirklich ernähren. Wenn man es nicht schaffe, die Weltbevölkerung herunterzufahren, werde es eine ganze Menge armer Leute geben. Und diesbezüglich habe man nur zwei Wahlmöglichkeiten. Zum einen gebe es den Standpunkt: „Aha, es gibt sehr viele Arme, da müssen wir jetzt mit effektiven Handlungen ran.“ Oder aber es gebe die Option, einfach zu sagen: „Es gibt sehr viel Arme, und dann machen wir irgendwelche Entschuldigungen, und das war es dann.“ Man könne sich nicht einfach zurücklehnen und etwas nicht tun. Wir brauchten die Armen sozusagen als Vorwand, um den materiellen Wohlstand zu erzielen. Viele Leute sagten, wir hätten einfach nur zugeschaut, wie die Bevölkerung hochging. Nicht alle, aber einige. Er habe nicht ein einziges Land gesehen, das gesagt hätte, wir hoffen, dass unser materieller Status nicht hochgeht. Selbst in Deutschland, selbst die reichsten Länder in der Welt, die würden nicht denken, sie hätten jetzt schon genug. Und wenn man jetzt schon nicht genug habe, wann werde man dann genug haben? Dies sei doch auch eine interessante Frage? Und wenn man die Antwort darauf nicht kenne, dann gebe es keine Lösungen.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bedankt sich zunächst noch einmal sehr herzlich bei Prof. Meadows für sein Kommen. Er fragt, was könne Deutschland, was könne diese Kommission konkret tun? Eines seiner Lieblingsbücher sei „Der Schwarze Schwan“ von Nassim Nicholas Taleb.

Dort heiÙe es u. a.: Man könne die Zukunft nicht vorhersehen. Alle großen Ereignisse der Menschheitsgeschichte hätten stattgefunden, ohne dass irgendjemand sie vorhergesehen hätte. Das Einzige, was man deshalb tun könne, sei, sich vorzubereiten auf das Unvorhersehbare. Er fragt, ob Prof. Meadows wisse, wie die Zukunft aussehe? Beziehungsweise, ob er sich in Opposition zu dem von ihm soeben benannten Autor sehe.

Prof. Dennis Meadows antwortet, er sei gekommen, weil er der Überzeugung sei, dass diese Enquete-Kommission etwas auf den Weg bringen könne, was nützlich für dieses Land sei. Und er sei der Ansicht, dass Deutschland ein sehr wichtiges Land sei. Natürlich könne er keine konkreten Vorschläge unterbreiten, was zu tun sei. Er hoffe, dass er zumindest helfen könne, die Dinge aus einer anderen Perspektive zu betrachten bzw. für ein neues Verständnis zu werben. Er glaube, die Indikatorenfrage sei wirklich wichtig. Man brauche neue Indikatoren. Er weist sodann auf die Arbeiten des US-amerikanischen Ökonoms Herman Daly hin, der ein Wirtschaftswissenschaftler des Gleichgewichts sei. Dieser habe ihm einmal gesagt, man könne sich nie wirklich überlegen, wie man dahin [zu einem bestimmten Ziel] komme. Was man tun müsse, ist, den ersten Schritt zu machen, aus Fehler lernen und sodann überlegen, wie und welchen Schritt man als nächstes mache. Er kommt sodann noch einmal auf das Bruttoinlandsprodukt zu sprechen und räumt ein, dass er wie viele andere Menschen auch nicht wirklich 100-prozentig genau wisse, wie das BIP berechnet werde und wie sich die Dinge gegeneinander bedingen würden. Deshalb sei es leider so, dass man auf den Rat der Fachleute angewiesen sei. Umso wichtiger sei es, neue Indikatoren, die beispielsweise Gesundheit und das soziale Gefüge bzw. die soziale Eingebundenheit messen würden, zu entwickeln. Erst wenn man all diese neuen Dinge messe, könne man auf Augenhöhe mit den Fachleuten kommunizieren.

SV Prof. Dr. Beate Jochimsen führt sodann aus, dass es relativ wahrscheinlich sei, dass diese Kommission sich für mehrere Indikatoren bzw. Indikatorensätze aussprechen werde, die über das BIP hinausgehen würden. Sie fragt, ob es Prof. Meadows aufgrund seiner reichen Erfahrung möglich sei, der Kommission zumindest einen Leitfaden an die Hand zu geben, woran man sich hinsichtlich der Indikatorenfrage orientieren solle. Sie fragt sodann, was Prof. Meadows tun würde, wenn er in der Position wäre, beispielsweise als Bundeskanzler oder als Präsident der USA, welche Maßnahmen er als erstes einleiten würde, um eine Situation zu vermeiden, die der Menschheit sehr schade.

Prof. Dennis Meadows betont hinsichtlich der aufgeworfenen Indikatorenfrage, dass vor allen zwei Bedingungen erfüllt sein müssten: Erstens, der Indikator müsse Dinge abbilden, die für die Menschen wichtig seien, also solche Aspekte und Faktoren, die die Menschen für sich als relevant erachten würden. Die zweite Bedingung sei, dass es eine Beziehung zwischen Handlung und Ergebnis gebe. Er denke zudem, dass es wichtig sei, in drei Schritten vorzugehen: Erstens, das wichtigste Prinzip sei im Zweifel das Prinzip der Langfristigkeit, das heißt, wenn man eine Entscheidungsmöglichkeit habe, zwischen einer kurzfristigen Entscheidung und einer Entscheidung mit langfristiger Perspektiver, solle man sich im Zweifel für die langfristig günstigere Option entscheiden. Gewissermaßen sei die Eurodebatte, die gegenwärtig stattfinde, ein perfektes Beispiel: Derzeit träfen sich im Zuge der Euro- und Finanzkrise die politischen Führer Europas. Sie hätten jedoch nicht die leiseste Ahnung, welche Konsequenzen ihre heute getroffenen Entscheidungen in sechs oder zwölf Monaten haben werden. Aber in gewisser Weise sei es den politischen Führern egal, welche Konsequenzen ihre Entscheidungen langfristig hätten, da es ihnen vor allen Dingen darum gehe, die Probleme zumindest für einen überschaubar kurzen Zeitpunkt aus dem Wege zu schaffen, damit man sich nicht mehr mit ihnen befassen müsse. Der zweite Schritt bestehe darin, den Zeithorizont zu erweitern. Als Beispiel hierfür führt er seine Erfahrung aus seiner Tätigkeit für das US-amerikanische Verteidigungsministerium an. Seinerzeit habe er ein eklatantes Problem aufgedeckt und sei mit diesem Problem zu seinem Vorgesetzten gegangen. Dieser habe ihm inhaltlich zugestimmt, dass es in der Tat ein wirklich schwerwiegendes Problem sei, das angegangen werden müsse. Allerdings stand der Vorgesetzte kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amt, er sagte deshalb: „Bitte nicht heute, kommen sie in drei Monaten, dann bin ich aus dem Amt und vorher möchte ich mich damit nicht befassen. Legen sie das Problem erst einmal zur Seite.“ Es sei also wichtig, in längerfristigen Perspektiven und Zeiträumen zu denken. Der dritte Schritt sei gewissermaßen die Indikatorenfrage. Indikatoren seien sicherlich keine Zauberlösung. Aber gleichwohl sei folgendes Sprichwort zutreffend: „Wenn man nicht wisse, wohin man gehe, dann sei kein Weg gut.“ Deswegen sei es wichtig, Informationen zu haben, damit man wisse, in welche Richtung man gehen wolle.

SV Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge nimmt Bezug auf die Ausführungen von Prof. Meadows, in denen dieser unter anderem gesagt habe, ein wichtiges Ziel

sei es, die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft zu erhöhen. Er fragt, wie man sich das genauer vorzustellen habe.

Prof. Dennis Meadows antwortet hierauf, unter Widerstandsfähigkeit verstehe er die Fähigkeit oder Kapazität eines Systems, seine Ziele zu erreichen, auch wenn es einer Schockeinwirkung ausgesetzt sei. Man müsse sich das gewissermaßen als eine Ausprägung von Elastizität vorstellen: Wenn das System geschlagen werde, weiche es kurz zurück und springe sodann zurück in die ursprüngliche Form. Es gebe unterschiedliche Möglichkeiten, die Widerstandsfähigkeit eines Systems zu erhöhen: Man könne Puffer einbauen, größere Effizienz etablieren und Redundanzen einführen. Um dies beispielhaft zu belegen, erzählt Prof. Meadows davon, wie er sein Haus im Sinne der Widerstandsfähigkeit umgebaut und unter anderem mit Generatoren ausgestattet habe.

Abg. Sabine Leidig (DIE LINKE.) kommt auf einen Aspekt aus dem Vortrag von Prof. Meadows zu sprechen, wo dieser betont habe, dass es auf der Lösungsebene nicht nur auf die Ebene des Marktes oder die Ebene der Technologie ankommen könne, sondern, dass es auch soziale Veränderungen brauche. Diese Fragestellung sei für sie von besonderem Interesse. Sie wolle ihre Frage verbinden mit der Frage, ob eine Lösung nicht einhergehen könne mit einer Vertiefung der Demokratie. Dies deshalb, weil nach ihrer Auffassung die besseren Antworten möglicherweise direkt aus der Gesellschaft kämen. In ihrer Eigenschaft als verkehrspolitische Sprecherin ihrer Fraktion wolle sie insbesondere die Frage der Entwicklung des Verkehrs ansprechen. Im Bereich der Verkehrspolitik beobachte sie derzeit, dass die Regierung sich aktuell vornehmlich daran ausrichte, was der Industrie bzw. der arbeitsteiligen Fertigung bzw. dem Wachstum im Allgemeinen diene. Zugleich gebe es aber Initiativen, die sich gegen Straßen oder Fluglärm wehren würden. Ebenso gebe es das Bedürfnis nach öffentlicher Mobilität. Nach ihrer Beobachtung würden diese beiden verschiedenen Ansätze nicht in gleichem Maße berücksichtigt. Ihre Frage gehe dahin, ob es nicht notwendig sei, andere demokratische Mechanismen zu entwickeln. Sie spricht sodann einen weiteren Aspekt an, den der „solidarischen Ökonomie“, der sie deshalb besonders interessiere, weil sie aus der globalisierungskritischen Bewegung stamme. Diese solidarische Ökonomie orientiere sich an anderen Kriterien als die klassische Ökonomie, die sich insbesondere am Gewinn ausrichte. Beispiele für solche neuen Wirtschaftsformen gebe es insbesondere in Lateinamerika, die auch institutionell gefördert werden würden. Vor diesem Hintergrund laute ihre Frage an Prof. Meadows, ob dieser sich vorstellen

könne, ob solche neuen Elemente wichtiger werden könnten, um eine Gesellschaft zu verändern.

Prof. Dennis L. Meadows bedankt sich recht herzlich für die Ausführungen der Abg. Leidig, die er vollumfänglich teilt. Er könne sich selbstverständlich vorstellen, dass es wichtig sei, neue Formen des Wirtschaftens zu entwickeln. Er habe den Ausführungen der Abg. Leidig nichts hinzuzufügen.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) zeigt sich in ihrem darauffolgenden Statement zunächst zuversichtlicher als Herr Prof. Meadows, was die Wahrscheinlichkeiten und Möglichkeiten für Veränderungen anbelangt. Sie ist zudem überzeugt, dass es der Kommission gelingen werde, sich auf einen neuen Indikator bzw. Indikatorensatz zu einigen. Aber allein die Frage der Indikatoren sei nicht entscheidend, es gebe auch viele andere Aspekte, die ebenfalls von hoher Bedeutung seien. Neben den technologischen Veränderungen und Fortschritten brauche es auch gesellschaftliche Veränderungen. Sie wolle vor allem zwei Punkte hervorheben: Ein wichtiger Schritt sei doch zweifelsohne, die fossilen Brennstoffe durch erneuerbare Energien zu ersetzen. Sie äußert zudem die Überzeugung, dass eine Mehrheit in der Gesellschaft bereit sei, für die Energiewende gegebenenfalls auch einen höheren Preis zu zahlen. Ihre Frage gehe dahin, wie man den Weg, den Deutschland in den letzten zehn bis zwanzig Jahren eingeschlagen habe, auch in anderen Ländern der Welt populär machen könne. Mit ihrer zweiten Frage kommt sie auf das Thema Recycling zu sprechen. Sie fragt, was geschehen müsse, um eine Kreislaufwirtschaft im Sinne von Recycling weltweit zu etablieren. In ihrer dritten Frage beleuchtet Frau Abg. Bulmahn die Verteilungsfrage: Sie fragt, was nötig sei, um den Wohlstand insgesamt gerechter zu verteilen oder anderes ausgedrückt, wie es in diesem Bereich gelingen könne, Veränderungen herbeizuführen.

SV Dietmar Hexel führt u. a. aus, es gebe innerhalb der Kommission im Wesentlichen einen Kerndissenspunkt: So gebe es die eine Seite, die auf das Prinzip der Freiwilligkeit setze. Die andere Position laute hingegen, man brauche Normen und Standards, auf die sich die Gesellschaft einige. Diese Normen und Standards könnten möglicherweise die Freiheit eines einzelnen bzw. eines Unternehmens einschränken. Er fragt konkret an Prof. Meadows gerichtet, welche der beiden genannten Strategien aufgrund seiner über 40 Jahre lang währenden Erfahrung, die erfolgversprechendere sei.

Prof. Dennis Meadows führt in seiner Antwort auf die vorangegangenen Fragen aus, er würde sich nichts mehr wünschen, als dass einige Mitglieder

der Kommission nun an seiner Stelle sitzen würden. Er sei sehr daran interessiert, die Antworten der Mitglieder auf die vorangegangenen Fragen zu hören. Er wolle daher nur eines sagen. Man dürfe nicht unterschätzen, wie wichtig Indikatoren seien. Diese Indikatoren könnten sehr, sehr viel Kraft entfalten. Aus seiner Tätigkeit für die Industrie wisse er, dass es dort wichtig sei, das Verhalten der Entscheidungsträger zu verändern. Dabei habe er die Erfahrung gemacht, dass man Verhalten vor allem dann verändern könne, wenn man den Menschen neue Informationen an die Hand gebe. Es sei gar nicht notwendig, sie zu Verhaltensänderungen zu zwingen bzw. Sanktionen zu verhängen. Man müsse die Informationen nur neu aufbereiten. Er räumt schlussendlich ein, er könne keine konkreten Empfehlungen geben. Aber er sei überzeugt, wenn die Kommission den Menschen wichtige, relevante und zeitgemäße Informationen an die Hand gebe, dann würden die meisten Menschen sehr klug reagieren. Er sehe das Mandat der Kommission nicht darin, Lösungen zu suchen und den Menschen zu sagen, wie sie sich zu verhalten hätten, sondern es gehe darum, die richtigen Rahmbedingungen zu schaffen, damit die Klugheit der Menschen zum Einsatz komme. Dafür sei die Indikatorenfrage besonders wichtig. Wenn die Informationen fehlten, wüssten die Menschen nicht, was sie zu tun hätten. Natürlich müssten die Indikatoren auch relevant sein, damit sie von den Menschen ernst genommen werden.

Die Vorsitzende, Abg. Daniela Kolbe (SPD), bedankt sich sodann auf das Herzlichste bei Herrn Prof. Meadows für sein Kommen und seine Bereitschaft, diesen spannenden Vortrag zu halten. Sie hebt hervor, dass sie den Vortrag von Herrn Prof. Meadows als besonders hilfreich empfunden habe. Gerade die Frage, dass das Thema der Indikatoren von Herrn Prof. Meadows so besonders hervorgehoben worden sei, werde bestimmt von der Kommission aufgenommen werden.

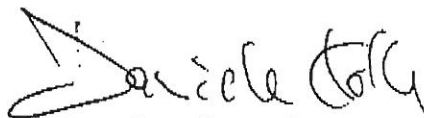
Sie schließt die Sitzung um 16:32 Uhr.

Tagesordnungspunkt 3

Verschiedenes

Dieser Tagesordnungspunkt wird nicht mehr aufgerufen.

Schluss der Sitzung: 16.32 Uhr
Bü/Ha/Wa



Daniela Kolbe, MdB
Vorsitzende